



Flossbach von Storch
RESEARCH INSTITUTE

MAKRO 11/09/2025

Der Standort Deutschland fällt zurück - eine Ursachenanalyse und wirtschaftspolitische Empfehlungen¹

PABLO DUARTE, AGNIESZKA GEHRINGER,
THOMAS MAYER, GUNTHER SCHNABL

Zusammenfassung

Der Standort Deutschland verliert an Attraktivität: marode Infrastruktur, wachsender Staat und teure Energie bremsen die Wettbewerbsfähigkeit. Marktwirtschaftliche Reformen sind überfällig.

Abstract

Germany is becoming less attractive as a business location: dilapidated infrastructure, a growing public sector, and expensive energy are hampering competitiveness. Market-oriented reforms are long overdue.

¹ Wir danken Tom Bugdalle für die hervorragende Unterstützung.

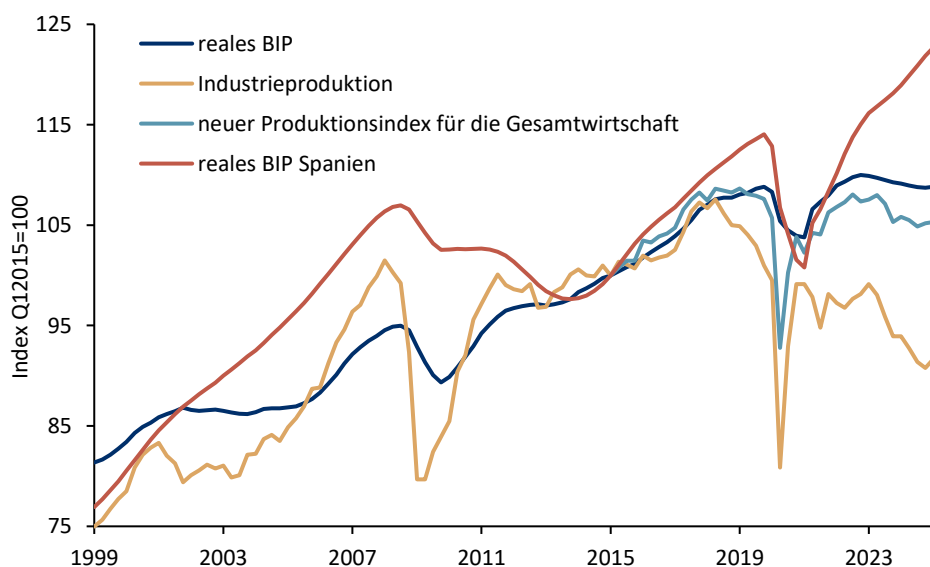


Das Wachstum in Deutschland stockt, die Industrieproduktion fällt seit 2018, während die geopolitischen Spannungen und damit die Herausforderungen an die Verteidigungsbereitschaft wachsen. Die Studie zeigt als Grundlage für deren wirtschaftspolitischen Empfehlungen die Ursachen auf. Mängel bei der Infrastruktur einschließlich Bildung schränken das Wachstumspotenzial ein. Ein wachsender unproduktiver Staatssektor hat produktive privatwirtschaftliche Aktivität verdrängt. Dauerhaft expansive Geld-, Finanz- und Regulierungspolitiken haben das Wachstum des Staates befördert und so die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unterwandert. Die wirtschaftspolitische Empfehlung ist die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien durch umfassende Reformen, bei Beibehaltung der Schuldenbremse.

1. Wachsende Herausforderungen und sinkende Leistungsfähigkeit

Die Entwicklung der deutschen Wirtschaft ist schwach (Abb. 1). Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist seit 2019 nicht mehr gewachsen und die Industrieproduktion – als Rückgrat des Wohlstandes in Deutschland – sinkt seit 2018. In Spanien ist das reale Bruttoinlandsprodukt hingegen seit 2019 um rund 14 Prozent angestiegen. Der neue Produktionsindex für die Gesamtwirtschaft, der die privatwirtschaftliche Aktivität ohne den staatlichen Sektor (öffentliche Verwaltung, Gesundheit und Bildung) erfasst, hinter dem realen Bruttoinlandsprodukt zurückgeblieben, was für eine wachsende Bedeutung des öffentlichen Sektors relativ zum privaten Sektor spricht. Auch der Ausblick in Deutschland ist trüb: Der Internationale Währungsfonds rechnet mit einer weiteren Stagnation in den nächsten zwei Jahren.

Abbildung 1: Wachstumsindikatoren für Deutschland (im Vergleich zu Spanien)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Oxford Economics, Flossbach von Storch Research Institut.



Mit einer fallenden Industrieproduktion, einer alternden Gesellschaft, einer maroden Infrastruktur und einer mangelnden Verteidigungsbereitschaft ist Deutschland wirtschaftlich schwach und unvorbereitet für die Zukunft. Die durch künstliche Intelligenz getriebene digitale Transformation und die damit verbundenen Schockwellen für den Arbeitsmarkt schaffen große Herausforderungen, aber auch Chancen. Die ambitionierte Klimapolitik – Klimaneutralität bis 2045 – beansprucht viele Ressourcen und bremst – durch die damit verbundene Regulierung – das Wachstum aus.

Mit Russlands Ukrainekrieg und der US-amerikanischen Zollpolitik ergeben sich zusätzliche Lasten aus geopolitischen und geoökonomischen Spannungen, die durch politische und wirtschaftliche Spannungen innerhalb des Euroraums noch potenziert werden können. Die hohen Ansprüche bei der sozialen Sicherung, insbesondere der Alterssicherung, schränken die Handlungsfähigkeit der politischen Entscheidungsträger ein.

Der Standort Deutschland verliert an Attraktivität. In unserer Bestandsaufnahme stellen wir fest, dass – insbesondere in der neuen Welt der künstlichen Intelligenz (KI) – die Infrastruktur modernisiert werden muss. Auch die früher gut ausgebaute deutsche Verkehrsinfrastruktur verliert durch die hohen Energiekosten und die mangelnden Investitionen zum Unterhalt an Attraktivität. Ein zunehmend unproduktiver und interventionistischer Staat sollte sich zurückziehen und reformieren, um mehr Raum für Unternehmertum und Innovation zu lassen. Eine solide Fiskalpolitik und eine stabilitätsorientierte Geldpolitik sowie weniger Regulierungen müssten den makroökonomischen Rahmen für mehr Investitionen und Produktivitätswachstum setzen.

2. Eine marode Infrastruktur und die KI-Herausforderung

Die deutsche Infrastruktur ist veraltet. In einer sich rasant verändernden Welt, getrieben von der Digitalisierung, insbesondere KI-gestützten Technologien, entscheiden der Zustand und die Anpassungsfähigkeit der Infrastruktur über die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts mit. Deutschland hinkt beim Aufbau der digitalen Infrastruktur hinterher. Bei der Energieversorgung bestehen Engpässe und die Energiekosten sind zu hoch. Auch bei Straßen, Autobahnen und Schienen verliert das Land seine Spitzenposition. Der notwendige Erneuerungsbedarf bietet zwar eine Chance zur Modernisierung, doch bisher wird das Potenzial nicht ausgeschöpft. Die Bildungsinfrastruktur verschlechtert sich, sowohl physisch als auch qualitativ, was die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands weiter belasten dürfte.

2.1 Digitale Infrastruktur für KI-Anwendungen

Für die Entwicklung und Anwendung von künstlicher Intelligenz ist eine schnelle und unterbrechungsfreie Datenübertragung essenziell. Glasfasernetze sind die leistungsfähigste kabelgebundene Technologie. 5G ist der derzeit modernste Mobilfunkstandard für hohe Geschwindigkeit und niedrige Latenz (die Verzögerung zwischen dem Absenden und dem Eintreffen von Daten). Ende Juni 2024 lag die

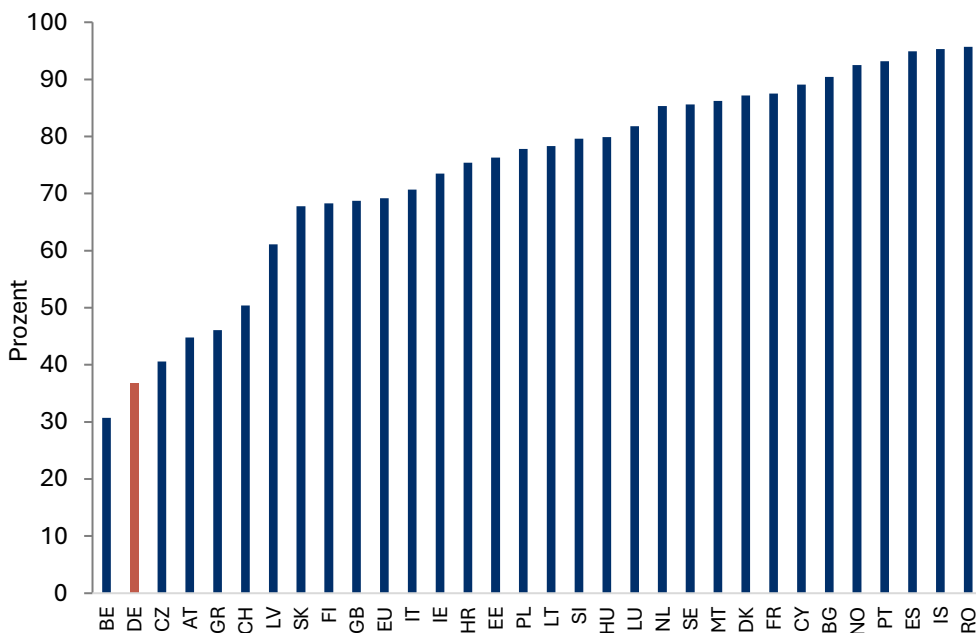


Abdeckung mit FTTP-Anschlüssen („Fiber-to-the-Premises“) in Deutschland jedoch erst bei 36,8 Prozent der Haushalte (Abb. 2). FTTP bedeutet, dass Glasfaserkabel bis ins Gebäude verlegt werden, die leistungsfähigste Lösung mit höchster Geschwindigkeit, symmetrischen Upload- und Downloadraten und minimaler Latenz.

Stattdessen setzt Deutschland noch stark auf Kupferleitungen. Die Basis dieser Technik sind klassische Telefonleitungen (Digital Subscriber Line, DSL).² Obwohl sie durch Modernisierungen höhere Geschwindigkeiten liefern können, bleiben Kupferleitungen physikalisch limitiert und können die Leistungsfähigkeit von Glasfaser nicht ersetzen. Auch Kabelanschlüsse (über das Fernseekabelnetz, DOCSIS-Standard) bieten hohe Downloadraten, leiden jedoch unter geteilten Bandbreiten und höheren Latenzen. Der Mobilfunkstandard 5G ist in Deutschland dagegen fast flächendeckend vorhanden. Er ermöglicht sehr hohe Datenraten, geringe Latenz und die gleichzeitige Vernetzung von Millionen Geräten, was wichtig für mobile Anwendungen wie autonomes Fahren ist.

Doch entscheidend ist, welche Frequenzbänder genutzt werden. Niedrige Frequenzen wie 700 MHz haben nur eine geringe Kapazität. Die mittleren Frequenzen im Bereich von 3,4 bis 3,8 GHz bieten die Geschwindigkeit und Reichweite, die für solche KI-Anwendungen notwendig sind. Allerdings liegt Deutschland in diesen mittleren Frequenzbändern deutlich zurück. Es sind nur 50 Prozent der Haushalte abgedeckt, deutlich weniger als im EU-Durchschnitt von 68 Prozent (Abb. 3).

Abbildung 2: Verfügbarkeit von FTTP-Anschlüssen in Prozent der Haushalte (2024)



Quelle: Eurostat, Flossbach von Storch Research Institute.

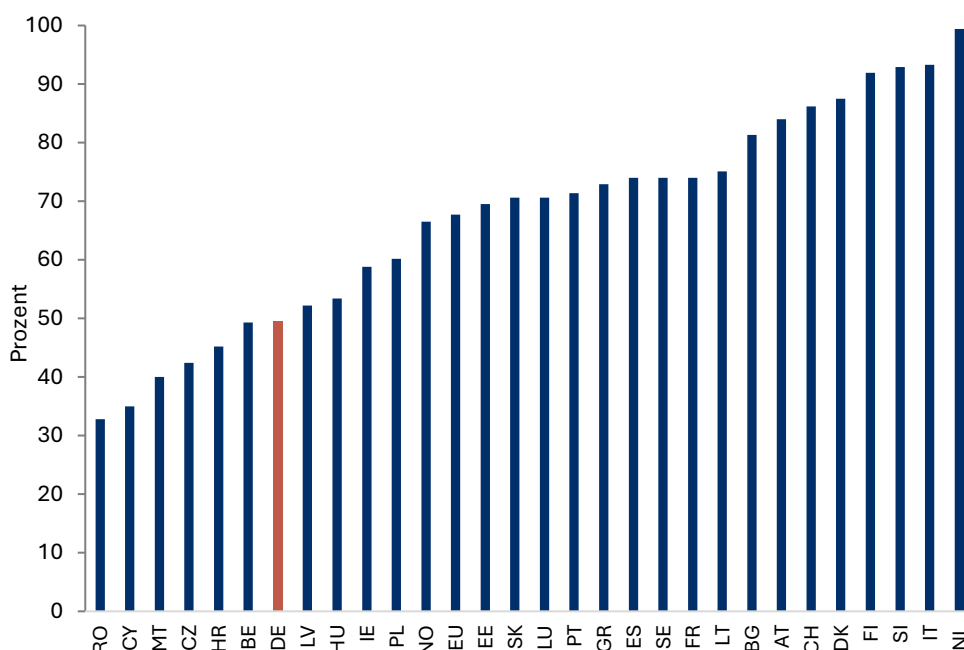
² Siehe Schindler (2024).



Die Verzahnung zwischen digitaler und Verkehrsinfrastruktur wird erst seit diesem Jahr etwas besser. Bis Ende 2024 gab es entlang vieler Zugstrecken Einschränkungen für Mobilfunknetze, um ältere Zugtechnik nicht zu stören.³ Nach einer technischen Nachrüstung dürfen jetzt nur noch entsprechend ausgestattete Züge fahren, und die Mobilfunkanbieter können ihre Netze entlang der Bahnstrecken deutlich besser nutzen. Eine spürbare Verbesserung sollte folgen.

Die Verarbeitung und der Speicher großer Datenmengen bedürfen leistungsfähiger Datenzentren. Deutschland verfügte 2024 über rund 2.730 Megawatt installierte IT-Leistung und damit über eine der größten Kapazitäten in Europa. Unter installierter IT-Leistung versteht man die elektrische Dauerleistung, die IT-Systeme und Gebäudetechnik (insbesondere Server und Kühlung) gleichzeitig aufnehmen können.⁴ Je höher die IT-Leistung, umso mehr Rechenoperationen sind möglich.

Abbildung 3: Verfügbarkeit von 5G im Frequenzbereich 3,4 – 3,8 GHz im EU-Vergleich (2024)



Quelle: Eurostat, Flossbach von Storch Research Institute.

Die Ausweitung der Rechenkapazitäten in Deutschland konzentrierte sich in den letzten Jahren auf große, sogenannte Hyperscaler-Rechenzentren. Damit sind Anlagen großer Leistung gemeint, die von internationalen Anbietern wie Amazon Web Services, Microsoft oder Google betrieben werden. Sie bündeln große

³ Siehe Bundesministerium für Digitales und Verkehr (2025). Konkret gab es eine Schutzregel für den Bahnfunk GSM-R: öffentliche Mobilfunknetze durften das 900 MHz-Band (LTE 900), das bis dato gängige Frequenzband für Mobilfunk nur eingeschränkt nutzen, um Störungen älterer GSM-R-Endgeräte zu vermeiden. Nach einer Nachrüstung mit störfesten GSM-R-Modulen wurde die Beschränkung aufgehoben.

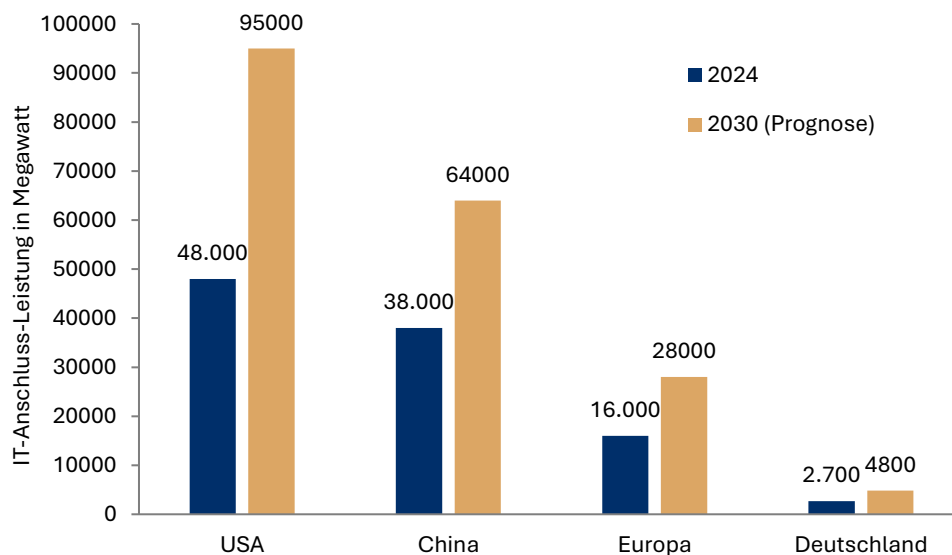
⁴ Siehe Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2025).



Serverkapazitäten an einem Ort und sind wichtig für das Training großer KI-Modelle, weil sie die notwendige Rechenleistung im großen Maßstab bereitstellen. Die Zahl dieser Hyperscaler in Deutschland hat sich seit 2010 verfünffacht. Ende 2024 gab es ca. 100 solcher Standorte (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2025, 30).

Im internationalen Vergleich ist Deutschland zwar der größte Rechenzentrum-Standort in Europa, verliert aber global an Gewicht: Der Anteil der in Deutschland installierten Server am Weltmarkt sank von rund 3,5 Prozent im Jahr 2015 auf 2,5 Prozent im Jahr 2024. Die USA verfügen über 48.000 MW installierte Rechenzentrumsleistung, China über 38.000 MW, während die gesamte EU zusammen auf rund 16.000 MW kommt (Abb. 4). Auch bei den Prognosen bleiben Deutschland und Europa hinter den USA und China zurück.

Abbildung 4: Rechenzentrum-Kapazitäten in den USA, China, Europa und Deutschland (2024)



Quelle: Bitkom (2024), Flossbach von Storch Research Institute.

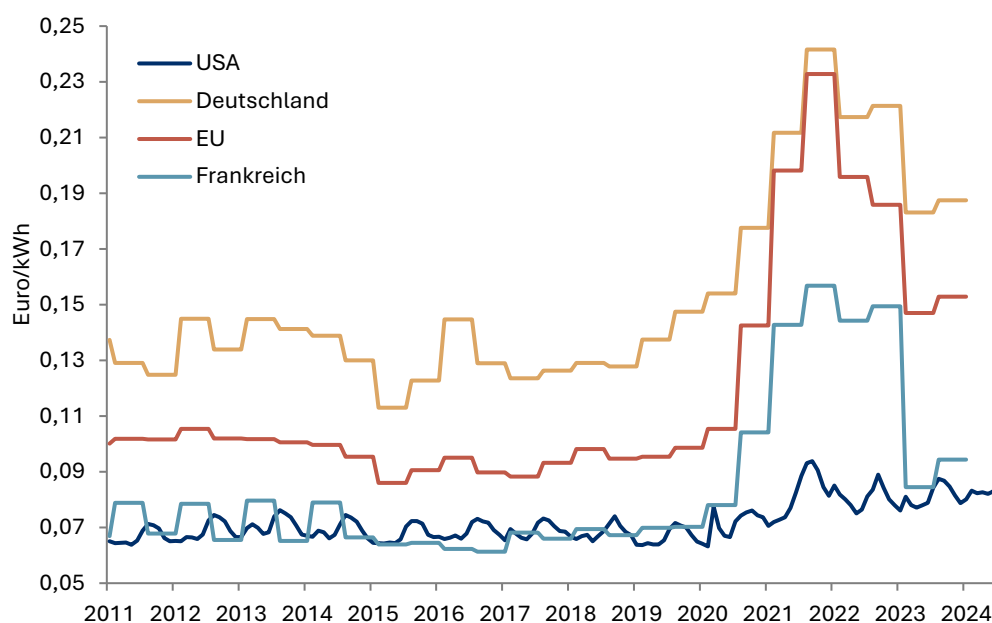
Die Leistungsfähigkeit von Rechenzentren hängt nicht nur von Servern und Netzwerken ab, sondern ganz wesentlich von der Energieversorgung, wo Deutschland einen wichtigen Nachteil hat. Mit rund 0,19 Euro pro Kilowattstunde für Industriekunden lagen in der ersten Jahreshälfte 2025 die Strompreise mehr als doppelt so hoch wie in den USA oder Frankreich (Abb. 5). Für KI-Rechenzentren, die auf energieintensive Hochleistungsprozessoren angewiesen sind, ist das ein erheblicher Standortnachteil.⁵ Dieser Wettbewerbsnachteil gilt darüber hinaus für die ganze Industrie.

⁵ Eine Studie der Wirtschaftsberatungsgesellschaft Frontier Economics kommt zu dem Ergebnis, dass sich bei Fortführung der aktuellen Energiepolitik die jährlichen privaten Investitionen in den Sektoren Energie, Industrie, Gebäude und Verkehr mehr als verdoppeln werden – von rund 82 Milliarden Euro im Mittel der Jahre 2020 bis 2024 auf mindestens 113 bis 316 Milliarden Euro im Jahr 2035, wodurch sich die Kosten der aktuellen Energiewende auf 5.400 Milliarden Euro summieren würden (Bothe et al. 2025).



Auch die Netzstabilität ist entscheidend. KI-Rechenzentren benötigen eine unterbrechungsfreie Stromversorgung. Das deutsche Stromnetz wird jedoch durch die stark schwankende Einspeisung aus Wind- und Solarenergie belastet. In Deutschland wurden 2024 etwa 54,4 Prozent des öffentlichen Stroms aus erneuerbaren Quellen erzeugt, ein neuer Rekordwert. Das Ziel für 2030 liegt bei 80 Prozent, um die Klimaziele zu erreichen.⁶ Ein zu starker Schwerpunkt auf Wind- und Solarenergie birgt jedoch das Risiko instabilerer Stromnetze, insbesondere wenn lastfolgende Energiequellen wie Gas beschränkt sind. Die heutige Technologie, etwa Batteriespeicher oder intelligente Netzsteuerung, kann diese Schwankungen noch nicht vollständig kompensieren (Fernández-Guillamón et al. 2020).

Abbildung 5: Strompreis für die Industrie in Euro pro kWh



Quelle: Macrobond, EIA, Eurostat, Flossbach von Storch Research Institute. Für die Euro-Länder wurde der Preis für industrielle Verbraucher anhand des Eurostat-Bandes IF (Jahresverbrauch 70.000 bis 149.999 MWh, alle Steuern und Abgaben inklusive) verwendet. Für die USA basiert der angegebene Wert auf dem landesweiten industriellen Durchschnittspreis gemäß EIA, ebenfalls inklusive aller üblichen Steuern und Abgaben.

Die Defizite bei der Infrastruktur spiegeln sich im IMD World Digital Competitiveness Ranking 2024 wider, das die digitale Wettbewerbsfähigkeit von 67 Ländern anhand von Kriterien wie „Wissen“, „Technologie“ und „Zukunftsbereitschaft“ bewertet.⁷ Deutschland liegt auf Platz 23, eine Verschlechterung im Vergleich zu früheren Jahren (Platz 18 im Jahr 2020). In der Kategorie „Wissen“ hat sich die Bildungsqualität verschlechtert (siehe Abschnitt 2.3) und es fehlt an digitaler Expertise in der breiten Bevölkerung. Die Spitzenplätze nehmen Singapur (Platz 1), die Schweiz (Platz 2), Dänemark (Platz 3) und die USA (Platz 4) ein. Wichtige Branchenvertreter kritisieren, dass die Regulierung der EU in Form des EU AI Acts für die Nutzung der Künstlichen Intelligenz eine größere Hürde ist als die Infrastruktur (Reuters 2025).

⁶ Siehe Umweltbundesamt (2025).

⁷ Siehe IMD (2024).



2.2 Physische Infrastruktur und deren KI-Integration

Die Verkehrsinfrastruktur ist insbesondere in Ländern mit starkem internationalem Handel wie Deutschland für die Wettbewerbsfähigkeit entscheidend. In Deutschland ist diese im internationalen Vergleich noch auf Spitzenniveau, hat allerdings hohen Sanierungsbedarf.

Die Staus auf deutschen Straßen sind zahlreich. Der ADAC (2024) zählte 2024 auf Autobahnen 516.000 Staus, 859.000 km Staulänge und 448.000 Staustunden. Autofahrer standen im Schnitt 43 Stunden pro Jahr im Stau. In Stadtkernen standen Autofahrer am längsten in Düsseldorf (60 Stunden), Berlin (58 Stunden), Stuttgart (58 Stunden) und Köln (56 Stunden). Hoch, aber deutlich unter Metropolen wie London (101 Stunden), Paris (97 Stunden), Dublin (81 Stunden) oder Brüssel (74 Stunden). Im Schnitt lag der Zeitverlust in Deutschland bei 43 Stunden.⁸ Der kommunale Investitionsrückstand stieg 2025 auf 215,7 Mrd. Euro, fast 16 Prozent mehr im Vergleich zum Vorjahr, wobei Straßen und Verkehr, zusammen mit Schulen, zu den größten Posten zählt (KfW Research 2024).

Die Staus auf den Straßen spiegeln einen allgemeinen Sanierungsstau wider, der insbesondere auch Brücken betrifft: *„Jedes dritte Teilbauwerk von Autobahnbrücken und jedes siebte Teilbauwerk von Brücken an Bundesstraßen sind modernisierungsbedürftig“* stellt der Bundesrechnungshof (2025, 8) fest. Insgesamt müssen rund 8.100 Teilbauwerke von Autobahnen und 3.000 Teilbauwerke von Bundesstraßen verstärkt oder erneuert werden. Das Brückenmodernisierungsprogramm des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr sieht vor, dass die Autobahn GmbH bis 2032 die wichtigsten und schlechtesten Bauwerke modernisiert – rund 5.000 Teilbauwerke. Dafür müsste die Zahl der Modernisierungen bis 2026 auf jährlich 400 Bauwerke steigen. Tatsächlich lag der Durchschnitt in den letzten Jahren aber bei nur gut 50 Bauwerken jährlich im Bundesstraßennetz. Der Bundesrechnungshof (2025, 4) geht nicht davon aus, dass dieses Ziel erreicht werden kann.

Ähnlich angespannt ist die Lage bei der Deutschen Bahn. Das Schienennetz ist überlastet und sanierungsbedürftig, worunter die Pünktlichkeit der Züge leidet. Im Jahr 2024 waren im Fernverkehr nur noch 62,5 Prozent der Züge „pünktlich“ (verspätet bis zu 5 Minuten); im Juli 2025 fiel der Monatswert auf 56,1 Prozent (Zugausfälle nicht mitgerechnet). Der DB-Konzern hat daher ab 2024 ein umfassendes Generalsanierungsprogramm gestartet, das 41 Hochleistungskorridore mit über 4.000 Kilometern Länge (Gleise, Weichen und Stellwerke) erneuern soll (Deutsche Bahn InfraGO AG 2025). Der „InfraGO-Zustandsbericht“ der Deutschen Bahn schätzt den Finanzierungsbedarf auf 109,8 Mrd. Euro für das Netz und zusätzlich 20,3 Mrd. Euro für Bahnhöfe.

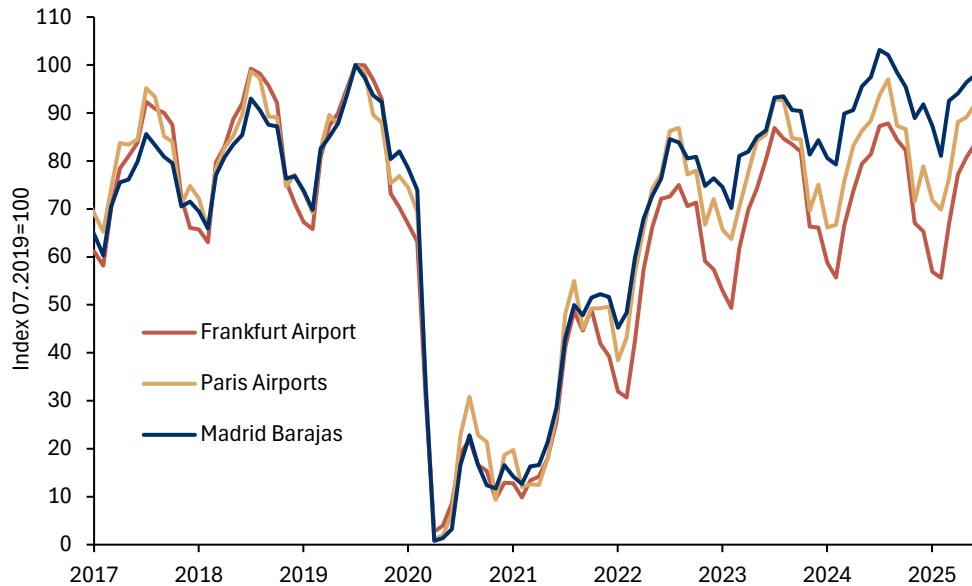
Deutschlands Flug-Drehkreuze werden modernisiert, kämpfen jedoch mit hohen Standort- und Regulierungskosten. In Frankfurt soll 2026 das Terminal 3 in Betrieb gehen, nachdem die Eröffnung aufgrund der niedrigen Nachfrage seit der

⁸ Siehe INRIX (2025).



Coronakrise verschoben worden war. Bis heute haben sich die Passagierzahlen nicht ganz erholt. Frankfurt ist hinter Paris und Madrid zurückgeblieben (Abb. 6). Trotzdem wurde die Luftverkehrsteuer im Mai 2024 um 19 Prozent erhöht (IATA 2024).

Abbildung 6: Passagiere an in den Flughäfen Frankfurt, Paris und Madrid



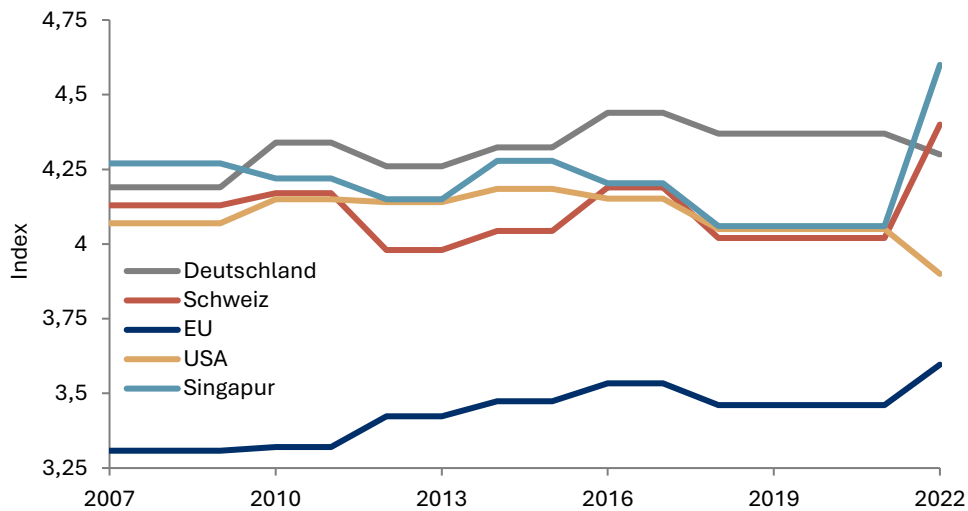
Quelle: Macrobond, Fraport, Paris Airports Group, FOMENTO, Flossbach von Storch Research Institute.

Zusammenfassend steht Deutschland nach dem Logistics Performance Index (LPI) der Weltbank, der die Effizienz von Lieferketten und damit der Verkehrsinfrastruktur vergleicht, nicht mehr an der Spitze. Der Subindex „Qualität der Verkehrsinfrastruktur“ bewertet, wie gut ein Land mit Straßen, Schienen, Häfen und Flughäfen ausgestattet ist und wie leistungsfähig diese für den internationalen Handel sind. Deutschland lag in den 2010er-Jahren in diesem Subindex durchgehend an der Spitze, mit Werten um 4,4 von 5 Punkten. 2023 sank der LPI jedoch und Deutschland wurde von Singapur und der Schweiz überholt (Abb. 7). Die USA und insbesondere der EU-Durchschnitt liegen jedoch weiterhin deutlich tiefer. Die Infrastrukturqualität in Deutschland erodiert von hohem Niveau, während andere Länder schneller modernisieren.

Über die Qualität der Infrastruktur hinaus gibt es eine Diskussion hinsichtlich der Lebensqualität von Städten, die den Standort von Deutschland als attraktiven Wohnort betrifft. Fehlende Investitionen auf öffentlicher und privater Ebene betreffen auch das Aussehen von Fassaden und die Pflege von öffentlichen Flächen einschließlich der Grünpflege sowie der Beseitigung von Müll und Graffiti. Wachsende Verpflichtungen bei den Sozialausgaben, die gesetzlich auferlegte Pflichtausgaben sind, sowie für die Klimapolitik engen bei den Kommunen den finanziellen Spielraum für Investitionen (wie die Sanierung von Schulgebäuden) und für die Stadtpflege (z.B. Pflege von Grünflächen) ein (Exner 2025).



Abbildung 7: Logistics Performance Index



Quelle: Macrobond, World Bank, Flossbach von Storch Research Institute. In Jahr 2022 wurde der Modus der Erhebung verändert, woraus sich teilweise starke Veränderungen ergeben haben.

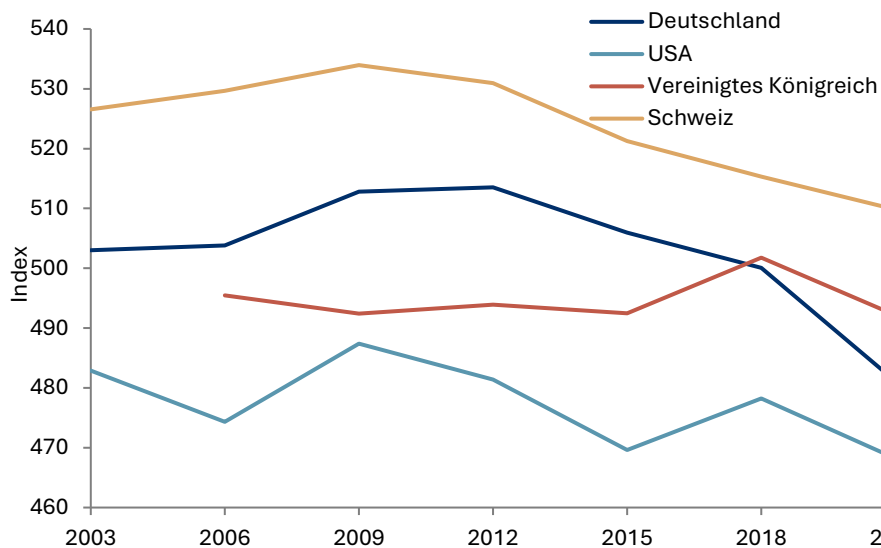
WELT hat unter dem Titel „Frankfurts harter Abstieg“ über Tendenzen zur Verwahrlosung berichtet (Welt 2023). Die Berichte über den Zustand von Berlin sind legendär (Bürkner 2024). Viele kleinere Städte in Deutschland leiden unter der Öde, die durch die Abwanderung der Bevölkerung entstanden ist (DStGB 2021). Viele Reisende, die aus deutschen in französische Großstädte kommen, sind über die deutlichen Unterschiede bei Stadtbild und Stadtpflege überrascht.

2.3 Bildungsinfrastruktur und die KI-Herausforderung

Neben digitaler Infrastruktur und Verkehrsinfrastruktur ist die Bildungsinfrastruktur entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im digitalen Zeitalter. Die Bildungsinfrastruktur vermittelt die Kompetenzen, die für das berufliche Leben benötigt werden. Nach dem KfW-Kommunalpanel, eine jährliche Befragung aller Landkreise, beträgt der von den Kommunen wahrgenommene Investitionsrückstand bei Schulgebäuden 54,8 Milliarden Euro, der zweitgrößte Posten nach Straßen- und Verkehrsinfrastruktur im kommunalen Investitionsstau (siehe Kap. 2.2). Die Lücke wächst, da der Investitionsbedarf u.a. auch durch steigende Baupreise schneller zunimmt als die tatsächlichen Ausgaben (KfW Research 2024, 11).



Abbildung 8: PISA-Ergebnisse im Kompetenzbereich Mathematik



Quelle: Macrobond, OECD, Flossbach von Storch Research Institute.

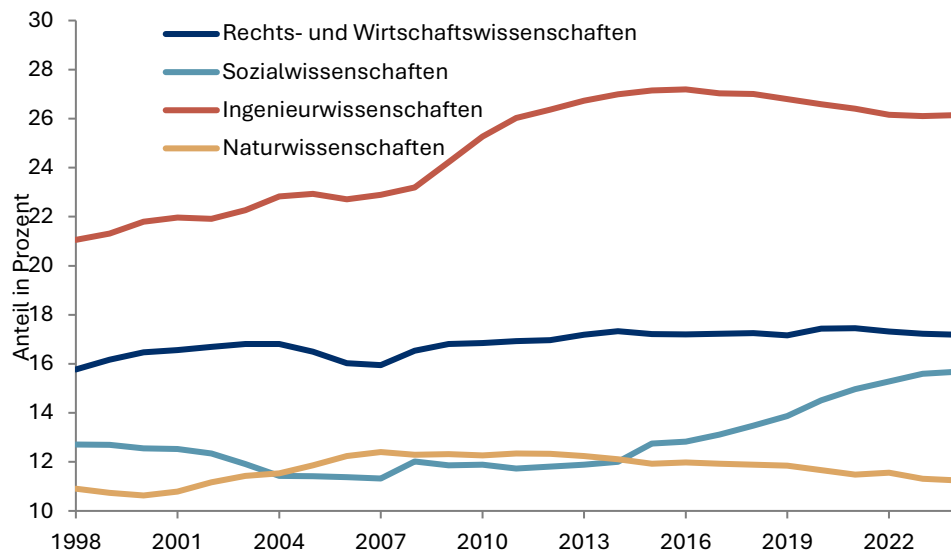
Hinzu kommt, dass sich die schulische Vermittlung von Grundkompetenzen deutlich verschlechtert hat, und zwar stärker als in anderen OECD-Ländern. In der PISA-Studie 2022 erreichten deutsche 15-jährige Schüler und Schülerinnen beispielsweise in Mathematik nur 475 Punkte, der niedrigste Wert seit Beginn der Erhebung. Zwar verzeichneten auch Schüler in den USA, Großbritannien und der Schweiz Rückgänge, vermutlich als Folge der Corona-Lockdowns und der Immigration, aber der Einbruch in Deutschland war am stärksten (Abb. 8). Auch beim Lesen und den Naturwissenschaften ist die Leistungsfähigkeit deutscher Schüler deutlich zurückgegangen.

Die Hochschulen stehen ebenfalls unter Druck. Der Hochschul-Bildungs-Report⁹ bewertet das deutsche Hochschulsystem mit 45 von 100 Punkten (Stifterverband Bildung, Wissenschaft, Innovation. 2022). Grundlage sind rund 70 Indikatoren in sechs Feldern: Chancengerechtigkeit (wer kommt überhaupt an die Hochschule), MINT-Bildung (wie viele Abschlüsse in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften), Lehrerbildung (Qualität und Zahl der Lehrkräfte), beruflich-akademische Bildung (Durchlässigkeit zwischen Ausbildung und Hochschule), quartäre Bildung (Weiterbildung nach dem Abschluss) und internationale Bildung (Mobilität und Talentgewinn).

⁹ Bei Hochschulen gibt es keine Tests wie im Falle des Pisa-Tests, so dass Veränderungen in der Qualität der Ausbildung nur schwer erfasst werden können. Eine verschlechterte Qualität in der Ausbildung könnte sich daraus ergeben haben, dass immer größere Anteile der Geburtsjahrgänge Zugang zu den Universitäten erhalten haben.



Abbildung 9: Fachverteilung der Studierenden in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt, Flossbach von Storch Research Institute. Ingenieurwissenschaften einschließlich Architektur und Informatik.

Für jeden Indikator gilt: 2010 = 0, Ziel 2020 = 100, wobei 100 Punkte bedeuten würden, dass alle Zielwerte, die laut dem Bildungsreport bis 2020 hätten erreicht werden müssen, tatsächlich erreicht wurden. Alle Felder verfehlten die Zielmarken. Der Gesamtindex sank im Pandemiejahr 2020 von 51 im Vorjahr auf 45 Punkte. Am besten schnitt noch die internationale Bildung ab (68 Punkte), am schwächsten Chancengerechtigkeit (31 Punkte) und MINT (32 Punkte). Die OECD (2025, 335) zeigt, dass Deutschland mit 4,4 Prozent des BIP weniger in Bildung investiert als der OECD-Durchschnitt (4,7 Prozent des BIPs).

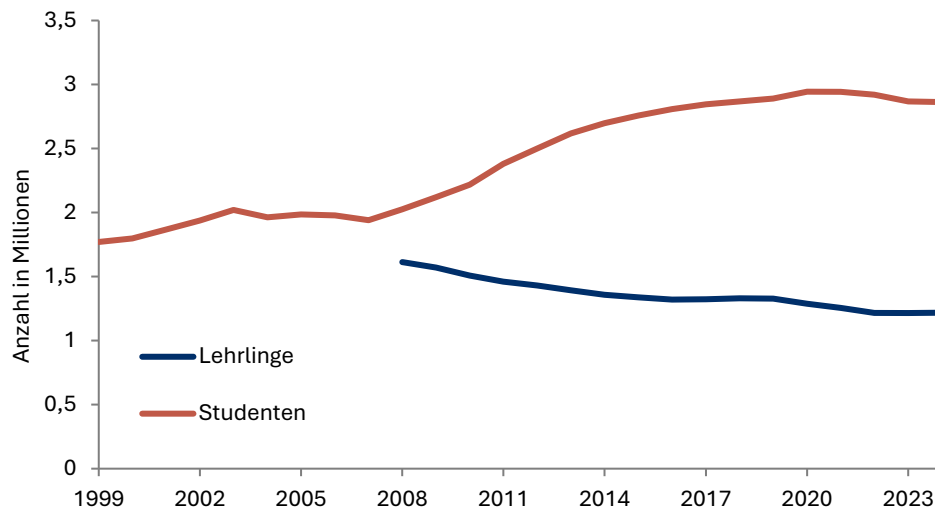
Die meisten Studenten waren im Hochschuljahr 2024/2025 in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben (41 Prozent). MINT-relevante Fächer (Ingenieurwissenschaften 26 Prozent + Mathematik/Naturwissenschaften 11 Prozent) standen zusammen für knapp 37 Prozent.¹⁰ Der hohe Anteil der Ingenieurwissenschaften, der höchste unter den OECD-Ländern (OECD 2025), ist eine klare Stärke des Standorts.

Die Verteilung der Studenten nach Fächergruppen hielt sich in den letzten drei Jahren konstant. In den Jahren davor wuchs allerdings die Anzahl der Studenten in den Sozialwissenschaften, insbesondere Psychologie, Soziale Arbeit und Politikwissenschaften, am schnellsten, während die der Wirtschaftswissenschaften stagnierte und die der MINT-Fächer zurückging (Abb. 9). Nachdem der Anteil der Studenten in den Ingenieurwissenschaften ab Jahr 2008 schnell gewachsen war, ging er ab 2015 zurück.

¹⁰ Siehe Statistisches Bundesamt 2025.



Abbildung 10: Studenten und Lehrlinge in Deutschland



Quelle: Destatis, Flossbach von Storch Research Institute.

Insgesamt stieg die Anzahl der Studenten zwischen 2008 und 2021 stark an, was insbesondere auf einen starken Aufwuchs bei den Sozialwissenschaften zurückzuführen ist. Hingegen ist die Anzahl der Lehrlinge immer mehr zurückgegangen (Abb. 10). Dies verringert das Arbeitskräfteangebot und erhöht die Lohnstückkosten (siehe Kap. 4.3).

3. Ein wachsender unproduktiver Staat

Die Bedeutung des Staatssektors ist in Deutschland seit der Jahrtausendwende deutlich angestiegen, was negativ auf die private wirtschaftliche Aktivität und die gesamtwirtschaftliche Produktivität gewirkt hat (Gehringer 2024, Gehringer und Mayer 2024).

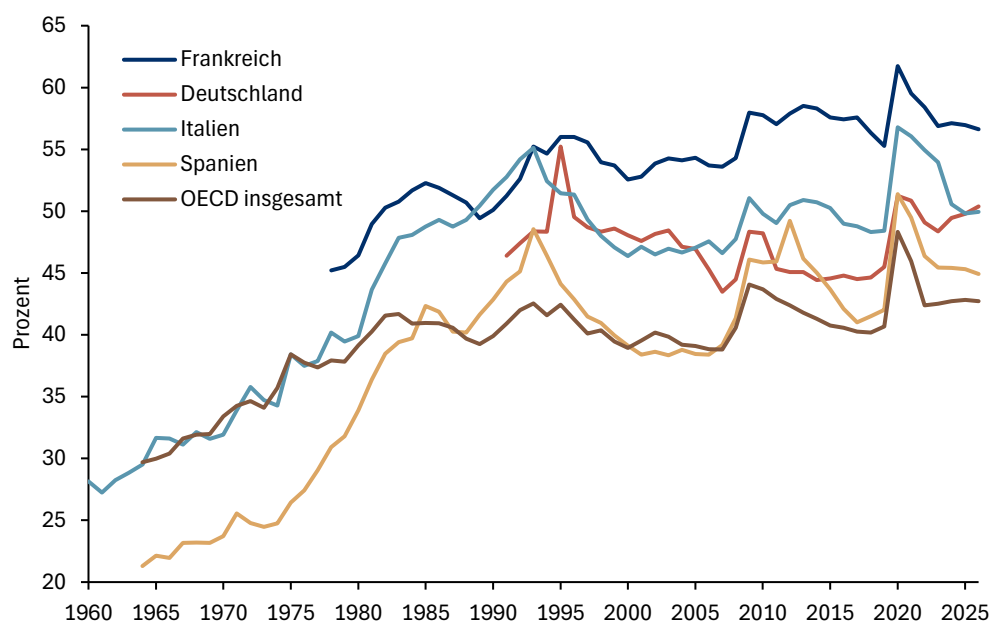
3.1 Mehr Staatsausgaben und sinkende Bruttowertschöpfung im öffentlichen Sektor

In der Europäischen Union betragen die Ausgaben des öffentlichen Sektors (sog. Staatsquote) im Durchschnitt fast 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Staatsausgaben sind über die Jahre stärker gewachsen als das BIP und liegen in der EU deutlich über dem Durchschnitt aller OECD-Länder. Die großen EU-Länder sind führend: im Jahr 2023 betrug die Staatsquote in Frankreich 57 Prozent, in Italien 55 Prozent, in Deutschland 48 Prozent und in Spanien 46 Prozent (Abb. 11). Nach dem durch die Wiedervereinigung bedingten Anstieg der Staatsquote sind in Deutschland die Staatsausgaben als Anteil am BIP bis 2019 wieder unter 45 Prozent gefallen. In der Coronakrise ist dieser Anteil, wie in anderen OECD-Ländern, wieder stark angestiegen. Er wurde danach jedoch nur wenig korrigiert. Im Gegensatz zum OECD-Durchschnitt und den anderen großen Euroländern steigt er nun wieder.



Zur Erfüllung seiner wachsenden Aufgaben braucht der Staat immer mehr Ressourcen. Der Anteil der im öffentlichen Sektor Erwerbstätigen an allen Erwerbstätigen ist in Deutschland von 21 Prozent im Jahr 1991 auf 26 Prozent im Jahr 2024 gestiegen (Abb. 12). Entsprechend ist der Beitrag des öffentlichen Sektors zur Wirtschaftsleistung relativ zum privaten Sektor gewachsen. Gleichzeitig liegt die Produktivität im öffentlichen Sektor deutlich unter der in der Industrie und wächst weniger (Abb. 13). Die Folge der Aufblähung des Staatsapparats ist ein Rückgang des Produktivitätswachstums und der gesamtwirtschaftlichen Produktivität.

Abb. 11: Staatsausgaben von OECD-Staaten als Anteil am BIP

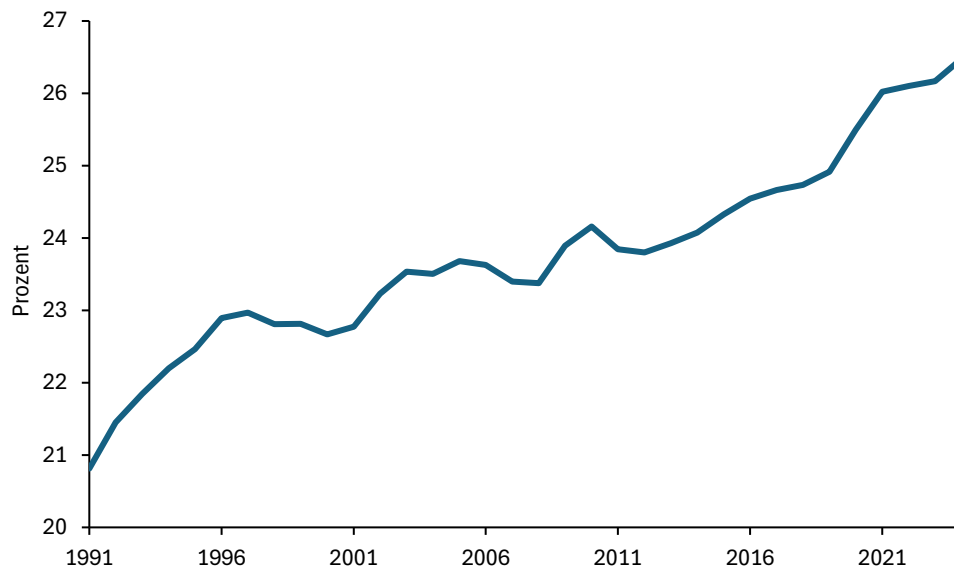


Quelle: Macrobond, OECD, Flossbach von Storch Research Institute. Öffentlicher Sektor einschließlich Gesundheit und Bildung.

Zu den direkten Wirkungen einer Umschichtung von Ressourcen aus dem privaten in den staatlichen Bereich kommen Rückkoppelungseffekte der staatlichen auf die privaten Aktivitäten. Diese entstehen dadurch, dass der öffentliche Sektor dem privaten nicht nur Ressourcen entzieht, sondern die Effizienz des Ressourceneinsatzes im privaten Sektor verändert. Staatliche Aktivitäten können die Produktivität im privaten Sektor steigern, indem sie zum Beispiel für Rechtssicherheit, die effektive Durchsetzung von Eigentumsrechten, eine funktionierende Infrastruktur und ein gutes Bildungssystem sorgen (Musgrave 1959). Das hilft Unternehmen, effizienter zu arbeiten und innovativer zu sein. Dem unmittelbaren Produktivitätsverlust durch die Verlagerung von Ressourcen vom privaten in den öffentlichen Bereich stehen dann Effizienzgewinne im privaten Sektor gegenüber, die größer sein können.



Abbildung 12: Anteil der Erwerbstätigen im öffentlichen Sektor

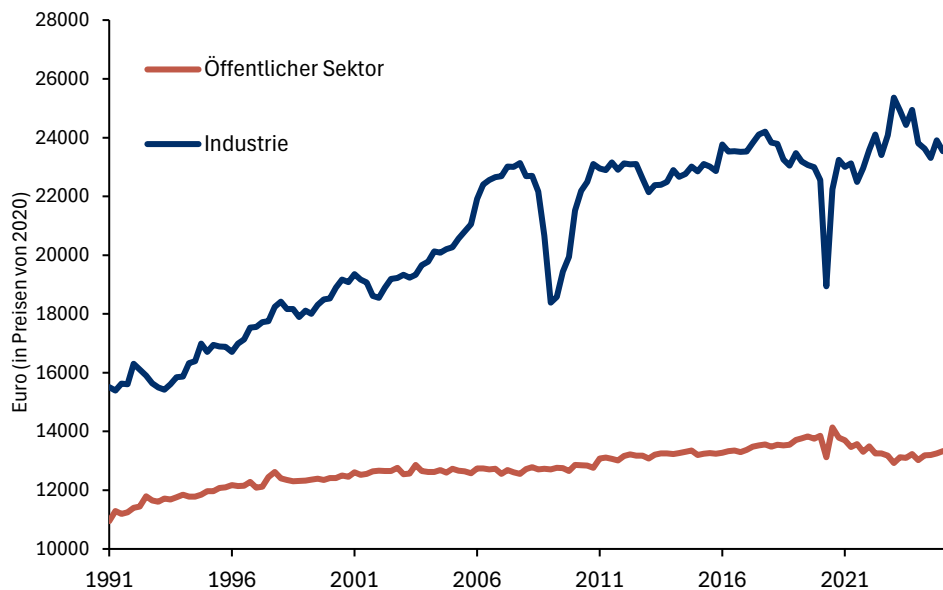


Quelle: Macrobond, DESTATIS, Flossbach von Storch Research Institute.

Andererseits können staatliche Aktivitäten die Effizienz im privaten Bereich verringern. Ein übermäßig aufgeblähter Wohlfahrtsstaat kann die individuellen Arbeitsanreize schwächen, da umfangreiche Transferleistungen die Notwendigkeit eigener Erwerbstätigkeit reduzieren (Pigou 1920). Ebenso können weitreichende staatliche Subventionen an Unternehmen deren Innovationsanreize mindern, da die Unternehmen dann weniger Druck haben, sich im Wettbewerb durch neue Produkte oder effizientere Prozesse zu behaupten (Tullock 1967). Schließlich kann der öffentliche Sektor komplexe Vorschriften für den privaten Bereich zur Verfolgung politischer Ziele für Wirtschaft und Gesellschaft entwickeln und durchsetzen (Regulierung) (Olson 1963).



Abbildung 13: Reale Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen nach Sektor



Quelle: Macrobond, DESTATIS, Flossbach von Storch Research Institute

3.2 Sand im Getriebe der Wirtschaft

Statt mit Öl zu schmieren, streut er auf diesem Weg Sand in das Getriebe der Privatwirtschaft. In Deutschland mangelt es zwar an systematischer, datenbasierter Erfassung der Effizienz in der öffentlichen Verwaltung, aber nicht an konkreten Beispielen, wie stark Unternehmen durch Vorschriften und Bürokratie behindert werden. Besonders deutlich wird das beim Ausbau erneuerbarer Energien: Der Bau von Windrädern dauert im Schnitt vier bis fünf Jahre, weil Genehmigungsverfahren mit Umweltgutachten, Einspruchsfristen und Abstimmungen zwischen verschiedenen Behörden sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Ebenso stockt der Bau von Stromtrassen wie „SuedLink“, die zur Übertragung von Strom aus dem Norden in den Süden Deutschlands dienen sollen. Die Pläne für die Stromtrasse SuedLink existieren bereits seit mehr als zehn Jahren, doch ist das Projekt von Beginn an durch endlose Planungs- und Klageverfahren gestört. Gleiches gilt für öffentliche Infrastruktur- und Bauprojekte wie Flughäfen.

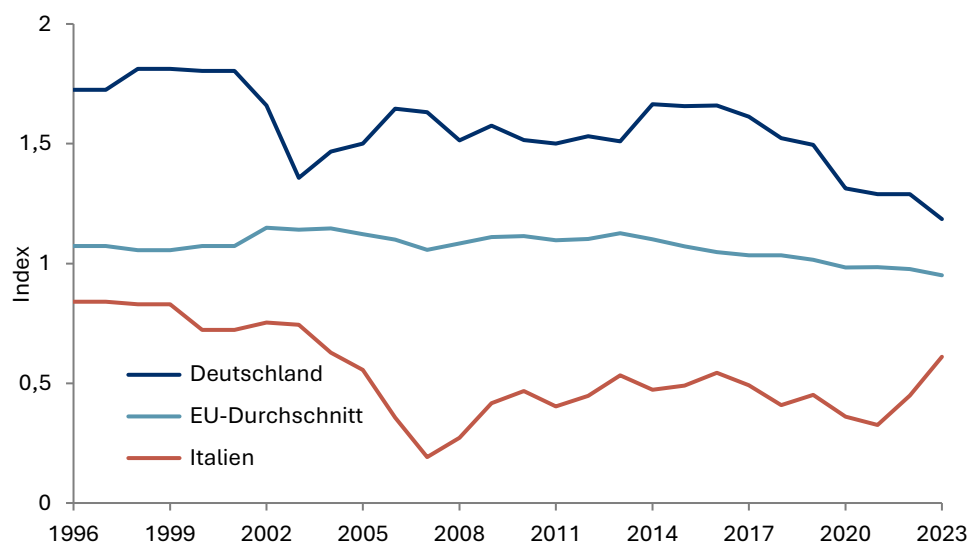
So beschloss die Bundesregierung 2015, die lang geplanten Freileitungen aufzugeben und stattdessen auf Erdkabel zu setzen, obwohl diese Bauweise im Vergleich zur Freileitung technisch viel aufwendiger und wirtschaftlich – aufgrund von langwierigen Bau-, Wartungs- und Reparaturverfahren – deutlich teurer ist. Hinzu kommen die hohen Kosten für zahlreiche Klagen und Einwände. Laut aktueller Schätzungen wird das Projekt zehn bis 15 Jahre länger dauern und rund zehn Milliarden Euro mehr kosten (Seitel 2025). Auch andere große Investitionsprojekte sind betroffen: Beispielsweise musste Teslas Gigafactory in Grünheide bei Berlin wegen Umweltauflagen und Einwänden von Anwohnern zahlreiche Verzögerungen hinnehmen.



Ein weiteres Beispiel für die belastende Bürokratisierung ist das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das seit 2023 gilt: Unternehmen (mit 1.000 oder mehr Mitarbeitern) müssen detailliert dokumentieren, ob in ihren internationalen Zulieferketten Menschenrechte eingehalten und umweltbezogene Sorgfaltspflichten beachtet werden. Bereits für größere Konzerne mit stark besetzten Abteilungen ist das eine Herausforderung, die sich u. a. aus der Komplexität und Tiefe der Lieferketten, hohem administrativen Aufwand und Rechtsunsicherheiten aufgrund von unklaren Gesetzesformulierungen ergibt. Für viele mittelständische Zulieferer ist die Erfüllung des Gesetzes ein kaum zu stemmender Kraftakt. Andere aufwändige EU-Regulierungsprojekte sind der Klimazoll, die Taxonomie oder die EU-Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten (siehe auch Kap. 4.2).

Hinzu kommt das komplizierte deutsche Steuer- und Abgabensystem: Arbeitgeber müssen dutzende Meldepflichten bei Krankenkassen, Finanzämtern und Sozialversicherungsträgern erfüllen, was vor allem kleine Firmen belastet. Laut dem Statistischen Bundesamt lag die Zahl der Informationspflichten (u. a. Meldepflichten, Anträge, Anzeigen) für Unternehmen 2025 bei 12.265 – im Vergleich zu 10.592 im Jahr 2014. Die daraus resultierenden direkten Bürokratiekosten stiegen nach Statistischem Bundesamt von 50 Milliarden Euro (2018) auf 66,5 Milliarden Euro (2024). Die erfasste Belastung umfasst unter anderem die Aufwendungen für Lohn-, Steuer- und Sozialmeldungen. Nicht erfasst sind die indirekten Kosten in Form unterlassener Wirtschaftsaktivitäten.

Abbildung 14: Effektivität der Verwaltung in Deutschland, Italien und der EU



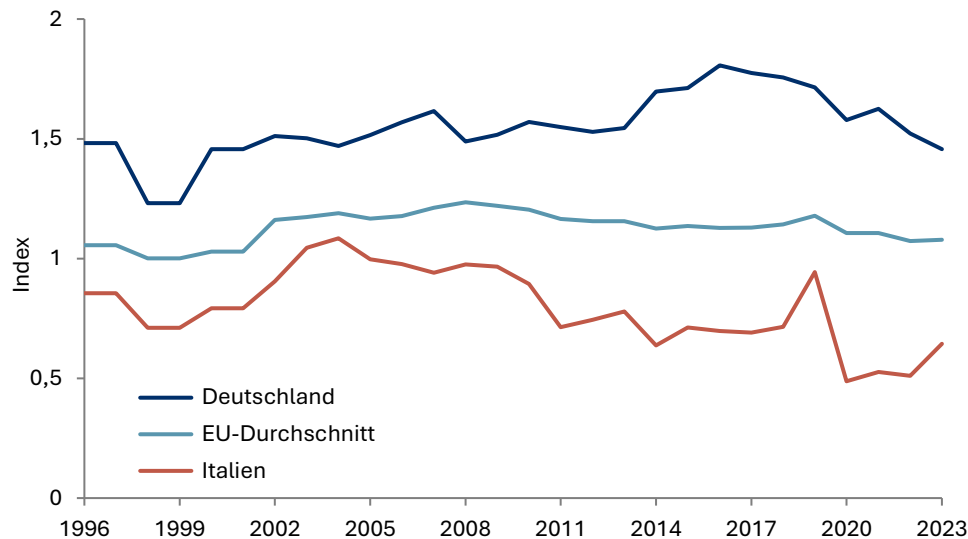
Quelle: Macrobond, Weltbank, Flossbach von Storch Research Institute.



Die Messung der Staatsperformance – des direkten und indirekten Beitrags des Staates zur gesamtwirtschaftlichen Produktivität – bleibt nicht nur in Deutschland unterentwickelt. Bisher ist die Weltbank mit ihren Worldwide Governance Indicators (WGI) die auf diesem Gebiet führende Institution. Die für den WGI verwendeten Daten aus 35 Quellen (Think Tanks, internationalen Organisationen, NGOs und privaten Unternehmen) werden zu Indikatoren verknüpft, die insgesamt sechs Dimensionen der „Governance“ abbilden sollen: Effektivität der Verwaltung, regulatorische Qualität, Stimme und Verantwortlichkeit, politische Stabilität und Abwesenheit von Gewalt/Terrorismus, Rechtstaatlichkeit sowie Korruptionskontrolle.¹¹

Obwohl jeder Indikator einen bestimmten Aspekt der Governance erfasst, können sich diese gegenseitig beeinflussen und verstärken. So dürfte zum Beispiel eine offene und rechenschaftspflichtige Regierung in der Regel stabiler sein, da sie auf die Anliegen der Bürger schneller eingeht. Aus diesem Grund fokussieren wir in unserer Analyse auf die drei ersten Indikatoren – Effektivität der Verwaltung, regulatorische Qualität sowie Stimme und Verantwortlichkeit –, die ein ausgewogenes und umfangreiches Bild der Governance – und damit dem Beitrag des Staates zur Produktivität in der Privatwirtschaft – geben sollten, ohne dass es zu übermäßigen Überschneidungen zwischen den Teilbereichen kommt.

Abbildung 15: Regulatorische Qualität in Deutschland, Italien und der EU



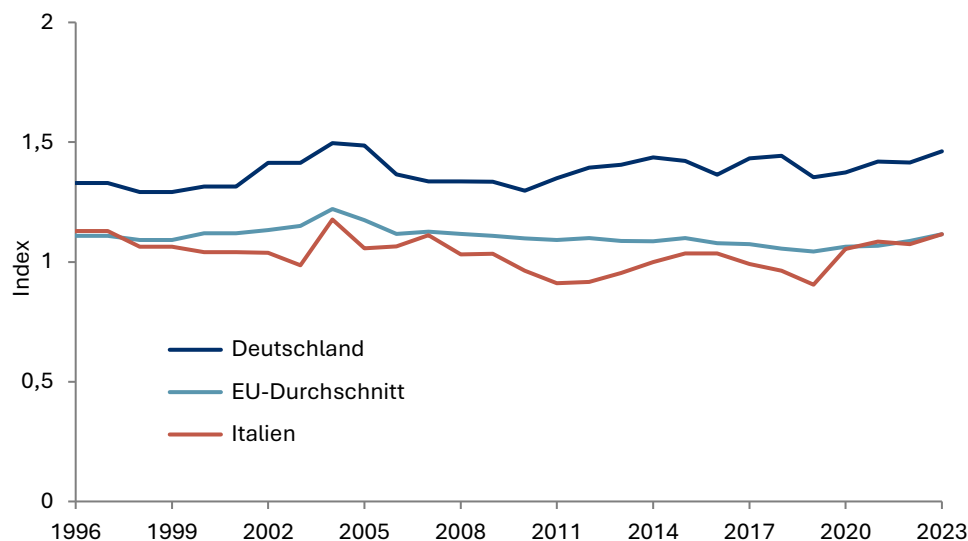
Quelle: Macrobond, Weltbank, Flossbach von Storch Research Institute.

¹¹ Die Datengrundlage besteht aus Wahrnehmungen und Ansichten von Experten und Umfrageteilnehmern. Die sechs Indikatoren sind angegeben entweder als standardisierte normale Einheiten, die zwischen -2,5 und 2,5 variieren, oder als Perzentil-Rangeinheiten, die von 0 bis 100 reichen können. Das Sample ist aktuell für 214 Länder für den Zeitraum 1996-2023 verfügbar.



Effektivität der Verwaltung spiegelt Wahrnehmungen und Ansichten über die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen, die Qualität der Politikformulierung und Politikimplementierung, den Unabhängigkeitsgrad des öffentlichen Sektors von politischen Einflüssen sowie die Glaubwürdigkeit des Engagements der Regierung wider (siehe auch Kaufmann und Kraay 2024). Abb. 14 zeigt die Entwicklung des Indikators für Deutschland, Italien und den EU-Durchschnitt zwischen 1996 und 2023. Obwohl Deutschland im gesamten Zeitraum über dem EU-Durchschnitt und besser als Italien liegt, zeichnet sich ein Abwärtstrend seit 2015 ab (während sich Italien vor allem in den letzten Jahren deutlich verbessert hat).

Abbildung 16: Stimme und Verantwortlichkeit Deutschland, Italien und der EU



Quelle: Macrobond, Weltbank, Flossbach von Storch Research Institute.

Die Fähigkeit der Regierung, eine wirksame und solide Politik zu formulieren und umzusetzen, sollte sich in einer hohen *Regulatorischen Qualität* widerspiegeln. Die Entwicklung des Indikators zeigt ein insgesamt analoges Bild (Abb. 15). Deutschland pendelte sich zwar mit einem Mittelwert für den gesamten Zeitraum 1996-2023 von 1,55 im oberen Mittelfeld ein, seit 2015 setzte aber eine stetige Verschlechterung ein.¹²

Schließlich werden unter *Stimme und Verantwortlichkeit* die Wahrnehmung und Ansichten über das Einbeziehen der Bürger und Bürgerinnen in die Wahl der Regierung sowie ihre Meinung- und Vereinigungsfreiheit gemessen. Grundsätzlich weist der Indikator sowohl für Deutschland als auch für Italien und die EU insgesamt eine hohe Stabilität im untersuchten Sample auf, allerdings auf einem niedrigeren Niveau als die zwei anderen Indikatoren (Abb. 16).¹³

¹² Der Absturz in Italien im Jahr 2020 ist auf den extrem teuren und inzwischen wieder abgeschafften „Superbonus“ zur energetischen Gebäudesanierung zurückzuführen.

¹³ Bemerkenswert ist, dass die Verschärfung von Artikel 188 des Strafgesetzbuchs (Beleidigung von Personen des politischen Lebens) und die Diskussion um ein Verbot der AfD bis dato noch zu keinem Rückgang dieses Indikators geführt haben.



3.3 Zielkonflikte und die Überversorgung des Wohlfahrtsstaats

Zwischen der Bereitstellung öffentlicher Güter wie Infrastruktur und dem Ziel der Umverteilung durch den Staat besteht ein grundsätzlicher Konflikt. Konzentriert sich der Staat auf die erste Aufgabe, ist sein Bedarf an Mitteln begrenzt und die Steuer- und Abgabelast damit moderat. Dies lässt Raum für privatwirtschaftliches Unternehmertum und ebnet den Weg für hohes Wirtschaftswachstum. Das war Ende des 19. Jahrhunderts während der Gründerzeit vor dem Ausbau des Wohlfahrtsstaats zu beobachten.¹⁴ Stellt der Staat jedoch die Umverteilung an erste Stelle, engt das die privatwirtschaftliche Initiative ein und der Wohlstand schwindet. Im Extremfall bricht der Staat unter dem Anspruch der Transferempfänger und der Verweigerung der Leistungsträger zusammen. Das war das Schicksal der Sowjetunion, die 1991 aufgrund ihrer mangelnden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit kollabierte (Sakwa 2013; Kuznetsov 1997).

In der Nachkriegszeit fand Deutschland einen Mittelweg, indem die Bereitstellung öffentlicher Güter wie innere und äußere Sicherheit mit einer moderaten Umverteilung verband (siehe Erhard 1957 und Eucken 1952 zum Konzept der Sozialen Marktwirtschaft). Dabei half, dass die Bedrohung durch die Sowjetunion die Zahlungsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger für den militärischen Schutz erhöhte.

Als mit dem Untergang der Sowjetunion die äußere Bedrohung wegfiel, bauten vor allem die europäischen Regierungen mit Einsparungen bei der Verteidigung den Wohlfahrtsstaat zum umfassenden Versorgungsstaat aus.¹⁵

Doch der Bedarf an Finanzmitteln für den europäischen Versorgungsstaat wuchs so stark, dass die Schrumpfung der Verteidigungsausgaben für dessen Ausbau nicht ausreichte. Die Militärausgaben in Deutschland sind von rund fünf Prozent des BIP im Jahr 1963 auf ein Prozent im Jahr 2005 gefallen. Die Sozialleistungen sind im gleichen Zeitraum von 19 Prozent des BIP auf fast 30 Prozent angestiegen (Abb. 17). Die meisten Staaten nahmen in diesem Zeitraum zusätzliche Schulden auf. Der deutsche Staat, der die Schuldenaufnahme mit einer Schuldenbremse begrenzte, finanzierte den Ausbau des Versorgungsstaats durch Vernachlässigung der Investitionen in die Infrastruktur.

Zusammen mit einer wuchernden Staatsbürokratie, einer ineffizienten und kostspieligen Energiepolitik, einer sinkenden Qualität des Bildungssystems sowie steigenden Steuer- und Abgabenlasten hat der deutsche Versorgungsstaat das Wirtschaftswachstum ausgebremst. Seit sechs Jahren (dem dritten Quartal 2019)

¹⁴ In einer empirischen Untersuchung zeigen Aidis et al. (2012), dass ein kleinerer Staat (gemessen am Anteil der Staatsausgaben am BIP) signifikant positiv mit höheren Gründungsraten bzw. Unternehmertum korrelieren. Mourmouras und Rangazas (2008) zeigen, dass zu Beginn der wirtschaftlichen Entwicklung ein überdimensionierter Staatssektor und hohe Abgaben das Wachstum bremsen können. Die Effekte großer Staatsquoten seien gerade in der frühen Entwicklungsphase wachstumshemmend, insbesondere wenn sie mit geringer institutioneller Qualität einhergehen.

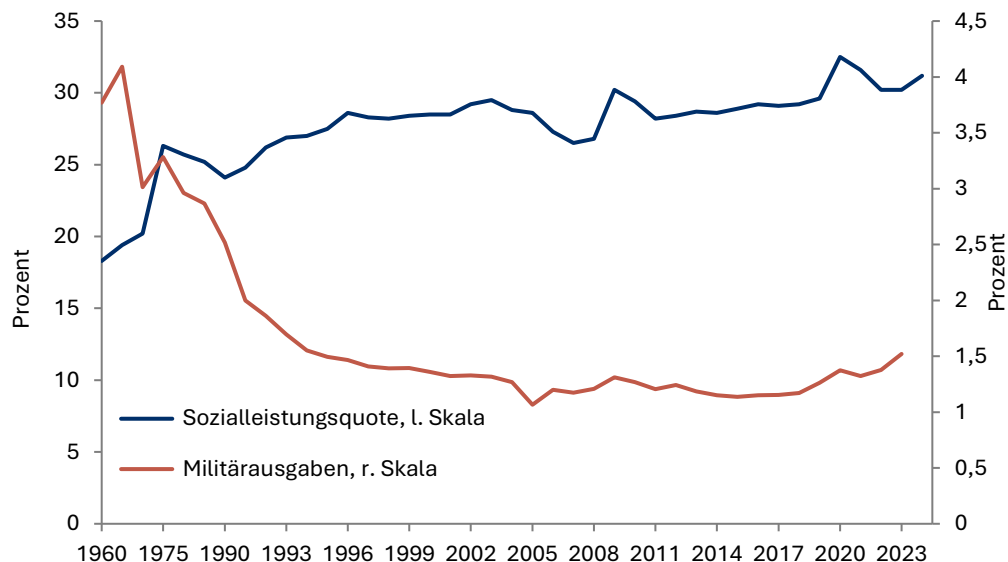
¹⁵ Die USA erhielten hingegen ihre militärische Schlagkraft aufrecht und führten Kriege.



stagniert das reale deutsche Bruttoinlandsprodukt (Abb. 1). Aufgrund der steigenden Zahl relativ unproduktiver Zuwanderer hat es pro Kopf abgenommen.

Mit dem russischen Überfall auf die Ukraine und dadurch, dass US-Präsident Donald Trump den militärischen Schutzschirm der USA für Europa in Frage gestellt hat, steigt der Bedarf an Finanzmitteln für die Verteidigung. Deutschland braucht zudem höhere Investitionen des Staates, um die lange vernachlässigte öffentliche Infrastruktur zu sanieren (Kap. 3.2). Gleichzeitig beschleunigt sich der Anstieg der Sozialausgaben. Insbesondere auf die gesetzliche Rentenversicherung kommen höhere Ausgaben durch die Verrentung der zahlenmäßig starken Generation der Babyboomer zu (Ebert 2025). Der Versorgungsstaat steht unter starkem finanziellem Stress. Der mit den Anwendungen künstlicher Intelligenz sehr wahrscheinlich kommende Anstieg der Arbeitslosigkeit wird die Lage weiter verschärfen.

Abb. 17: Sozial- und Militärausgaben als Anteil am BIP



Quelle: Macrobond, Weltbank, Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025) (Tabelle I-1, S. 7), Flossbach von Storch Research Institute.

3.4 Voice oder Exit

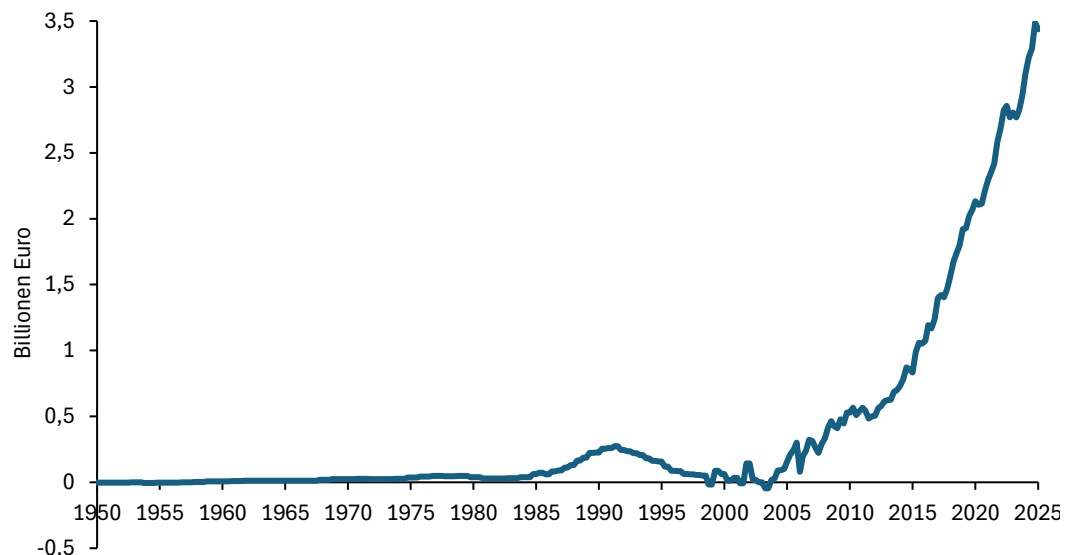
Nach Hirschman (1970) haben die Mitglieder von Organisationen drei grundlegende Reaktionsmöglichkeiten, wenn die Leistungen abfallen oder die Organisation versagt: (1) Sie können die Organisation verlassen und in eine andere gehen (Exit). (2) Sie können Beschwerden oder Änderungswünsche vortragen, um ihre Unzufriedenheit auszudrücken (Voice). (3) Sie können die Organisation weiterhin unterstützen, auch wenn sie unzufrieden sind (Loyalty). Die Leistungsträger in Deutschland, Unternehmer und „Besserverdiener“, haben sich lange bemüht, Änderungswünsche an die Politik heranzutragen oder die Politik einfach zu ertragen. Da die Umstände jedoch immer schlechter wurden und sie keine Aussichten haben, sich



gegen die Mehrheit der Empfänger staatlicher Zuwendungen durchzusetzen, haben sie begonnen, zunehmend Option (1), den „Exit“, zu wählen. Dafür gibt es zwei Wege: Kapitalflucht der Unternehmen und Abwanderung der Leistungsträger.

Seit dem Jahr 2005, als Angela Merkel Bundeskanzlerin wurde, ist Jahr für Jahr netto viel Kapital abgeflossen. Der seit 2005 kumulierte Leistungsbilanzüberschuss, der die kumulierten Nettokapitalabflüsse widerspiegelt, summierte sich auf über 4 Billionen Euro. Das Nettoauslandsvermögen Deutschlands ist dadurch von 540 Milliarden Euro auf 3.400 Milliarden Euro gestiegen (Abb. 18).¹⁶ Ein Teil davon - in Höhe von etwas mehr als 1.000 Milliarden Euro - reflektiert die unproduktiven und nicht eintreibbaren Forderungen der Deutschen Bundesbank an die EZB im Rahmen des Target2-Interbankenzahlungssystems (Sinn 2012). Der gewichtigere Rest ist auf private Kapitalabflüsse in Form von Portfolioinvestitionen, Bankkrediten und Direktinvestitionen zurückzuführen.

Abb. 18: Nettoauslandsvermögen von Deutschland



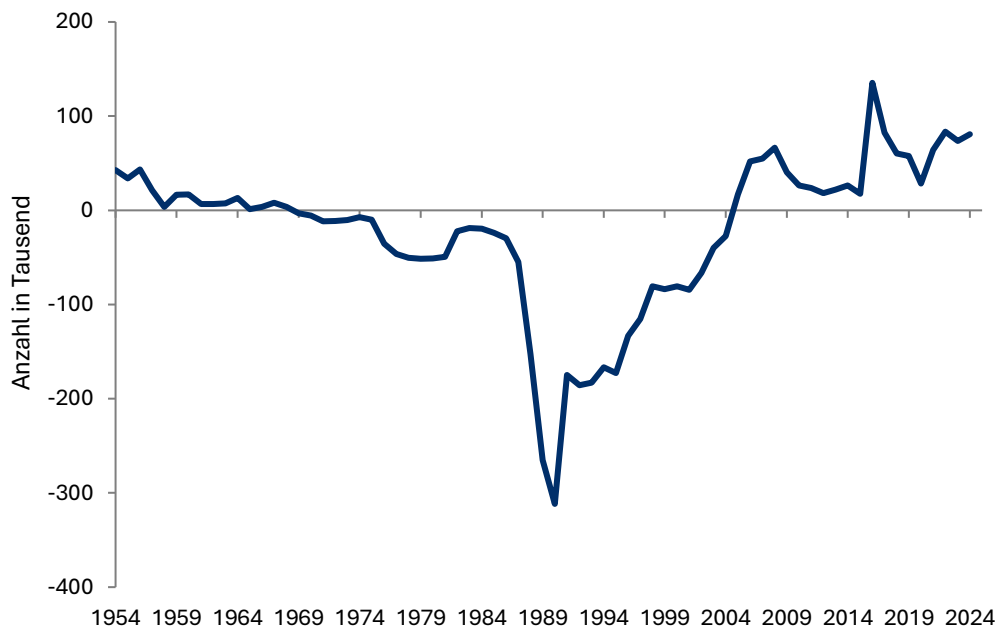
Quelle: Macrobond.

Auch die Menschen haben begonnen, das Land zu verlassen. Seit 2005 wandern jährlich mehr Deutsche aus als zurückkehren (Abb. 19). Insgesamt haben seither per Saldo 1,03 Millionen deutsche Staatsbürger Deutschland verlassen. Dabei handelt es sich in den seltensten Fällen nicht um Empfänger staatlicher Transfers, sondern oft um gut ausgebildete und leistungswillige Menschen, die sich anderswo größere Chancen versprechen. Der „Exit“ von qualifizierten Inländern ist mit erheblichen Kosten für die Wirtschaft verbunden.

¹⁶ Differenzen zwischen der kumulierten Leistungsbilanz im Außenhandel und der Veränderung im Nettoauslandsvermögen können sich unter anderem aus Bewertungsveränderungen der Vermögen ergeben. Ein Teil des exportierten Kapitals ist im Zuge von Krisen oder Fehlinvestitionen verloren gegangen, beispielsweise im Falle der Investitionen der Landesbanken im US-Hypothekenmarkt oder bei Übernahmen von deutschen Autoproduzenten (siehe Schnabl 2024, 83-108).



Abb. 19: Nettoauswanderung deutscher Staatsbürger



Quelle: DESTATIS, Macrobond, Flossbach von Storch Research Institute. Ein positives (negatives) Vorzeichen bedeutet eine Nettoauswanderung (Nettoeinwanderung).

Da die genauen Daten unbekannt sind, können die Dimensionen auf der Grundlage einer Beispielrechnung verstanden werden. Nimmt man an, dass die deutschen Emigranten 25 Prozent produktiver waren als der Durchschnitt der Erwerbstätigen in Deutschland, folgt aus der Netto-Emigration von 1,03 Millionen Menschen (siehe auch Abb. 19) im Zeitraum von 2005 bis 2024 ein kumulativer Verlust an realer Bruttowertschöpfung von 909 Milliarden Euro in Preisen von 2020 oder 25,2 Prozent des im Jahr 2024 erwirtschafteten BIP.

Seit 2005 wanderten per Saldo auch 8,75 Millionen Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ein. Die Bevölkerung in Deutschland nahm also aus Migrationsflüssen um 7,72 Millionen zu. Die meisten Immigranten halten sich viele Jahre im Sozialsystem auf und sind danach überwiegend im niedrig qualifizierten Bereich des Arbeitsmarktes beschäftigt (Raffelhüschen et al. 2023).

Die Bundesregierung stellt den Bundesländern jährlich 7.500 Euro pro Asylbewerber zur Verfügung (Deutscher Bundestag 2025). Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die in Deutschland weiterhin bleiben, sind nicht mitgerechnet. Laut den Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebundes belaufen sich die Kosten pro Asylbewerber auf 15.000 Euro jährlich (Alkousaa 2025). Berücksichtigt man den Durchschnitt der beiden Werte, also 11.250 Euro¹⁷, und nimmt man an, dass ein Zuwanderer erst nach 8 Jahren am Arbeitsmarkt teilnimmt, kommt man auf Kosten in Höhe von 655 Milliarden Euro (in Preisen von 2020).

¹⁷ Real in Preisen von 2020 9.358 Euro.



Zu einer qualitativ analogen Schlussfolgerung in Bezug auf die fiskalischen Kosten der Migration in Deutschland kommen Raffelhüschen et al. (2023, 24) in ihrem Forschungsbericht mit dem Titel „Die fiskalischen Chancen und Risiken der Migration im Kontext des demografischen Wandels“. Sie argumentieren, dass *„die Migration in Deutschland eine negative fiskalische Dividende [hat], da staatliche Leistungen an Ausländer den Wert der von ihnen geleisteten Steuern und Beiträge übersteigen“*.

Der Nettoverlust aus der Netto-Emigration der Deutschen plus die Asylkosten würden nach dieser Beispielrechnung real 1.564 Milliarden Euro in Preisen von 2020 betragen. Selbst in einem alternativen, optimistischen Szenario – unter der Annahme, dass die andere Hälfte der Netto-Zuwanderer in der Lage ist, die durch die Asylbewerber entstandene Kosten durch ihre eigene Leistung zu decken – wäre der Nettoverlust immer noch rund 909 Milliarden Euro.

Man hat das Problem des „Exits“ der Leistungsträger erkannt und versucht, die Abwanderung zu erschweren. In der Tradition des Gesetzes gegen die Steuerflucht aus dem Kriegsjahr 1918 und der Reichsfluchtsteuer von 1931 hat der bundesdeutsche Staat schrittweise die Besteuerung des Wegzugs ausgebaut. Seit dem Außensteuergesetz von 1972 wurden Wegzugsteuern in den Jahren 2022 und 2025 weiter verschärft (siehe auch Kraft 2022). Heute müssen nicht nur die unrealisierten Gewinne von „wesentlichen Beteiligungen“ an Unternehmen, sondern auch Anteile an Investmentfonds bei Wegzug versteuert werden. Für weniger betuchte Auswanderer gibt es Freibeträge.

4. Makroökonomische Ursachen für den Wettbewerbsverlust

Die Veränderung der Standortbedingungen in Deutschland und die Ausweitung der Rolle des Staates in Wirtschaft und Gesellschaft hat sich mit der Veränderung der Wirtschaftspolitik vollzogen. Lange galt für Deutschland – auch aufgrund der stabilitätsorientierten Geldpolitik der Deutschen Bundesbank, die die staatlichen Ausgabenspielräume einschränkte – das Prinzip der Konstanz der Wirtschaftspolitik (Eucken 1952), das dem Staat eine zurückhaltende Rolle zuwies. Auf eine spätestens seit der Finanzkrise von 2007-08 zunehmend expansive Geldpolitik folgte eine deutliche Ausweitung der Staatsausgaben und ausufernde Regulierung¹⁸, sodass sich das Wettbewerbsumfeld für die Unternehmen stark verändert hat.

¹⁸ Da die Anzahl der Regulierungen stark gewachsen ist, wird die Regulierungspolitik analog zur Geld- und Finanzpolitik als „expansiv“ bezeichnet.

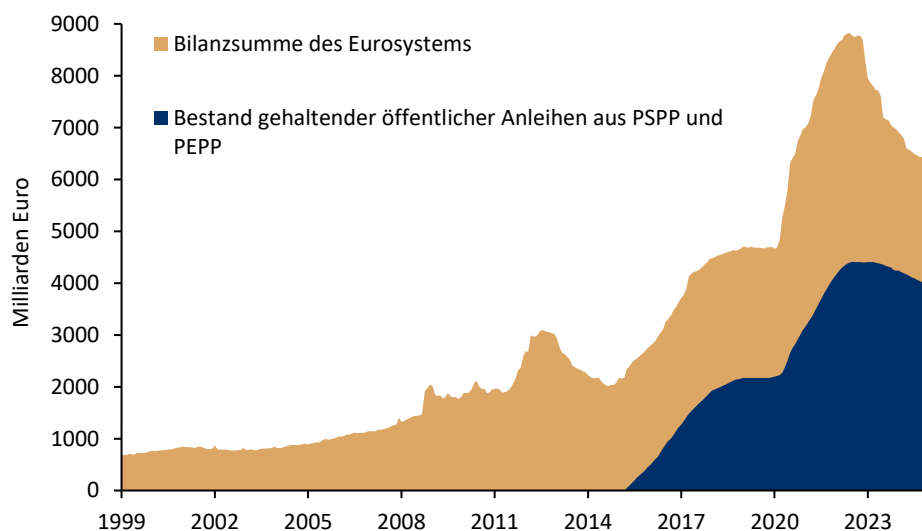


4.1 Expansive Geld-, Finanz- und Regulierungspolitik

Die Einführung des Euros markiert eine Veränderung der geldpolitischen Rahmenbedingungen in Deutschland, die nicht nur durch unterschiedliche geldpolitische Traditionen innerhalb des Euroraums bedingt ist, sondern auch durch die Heterogenität des Währungsraums und unkoordinierte Wirtschaftspolitiken.¹⁹

Seit der Jahrtausendwende kam es zu Divergenzen im Euroraum, weil Deutschland eine Austeritätspolitik verfolgte, um die Staatsverschuldung im Einklang mit der Maastricht-Schuldengrenze zu halten, während der Süden boomte. Im Ergebnis flossen die wachsenden gesamtwirtschaftlichen Ersparnisse aus Deutschland in den südlichen Euroraum und nach Irland ab, wo sie zu wachsenden Staatsausgaben verleiteten. Übertreibungen beim Konsum und bei den Immobilienpreisen führten schließlich in die europäische Finanz- und Schuldenkrise (Schnabl 2018).

Abbildung 20: Bilanzsumme des Eurosystems



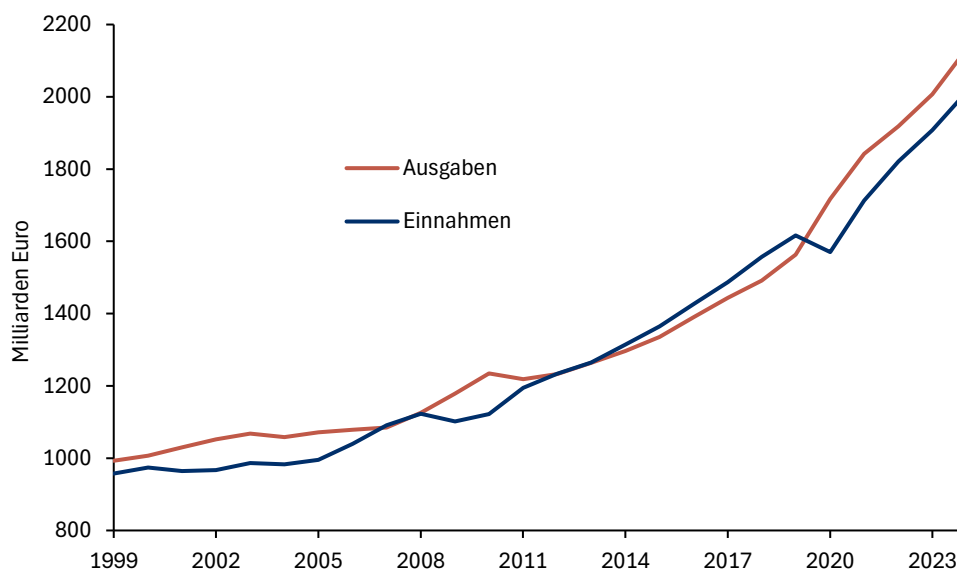
Quelle: Europäische Zentralbank.

¹⁹ Während die Deutsche Bundesbank vor Beginn der Währungsunion unabhängig war und strikt die Geldwertstabilität verteidigt hat, trugen viele Zentralbanken im südlichen Euroraum durch den Ankauf von Staatsanleihen zur Finanzierung von Staatsausgaben bei. Während das Modell der Deutschen Bundesbank für die Europäische Zentralbank in den europäischen Verträgen verankert wurde, blieb der Euroraum jedoch eine Fehlkonstruktion, weil die gemeinsame Geldpolitik in Frankfurt nicht mit einer gemeinsamen Finanz- und Sozialpolitik in Brüssel einhergeht. Denn wenn einzelne Mitgliedsländer der Währungsunion unterschiedlichen Konjunkturzyklen folgen, können diese nicht durch eine gemeinsame Finanz- und Sozialpolitik ausgeglichen werden, so dass die gemeinsame Zentralbank nicht den passenden Zins für alle Mitgliedsländer setzen kann (De Grauwe 2022).



Die EZB senkte in Reaktion auf die Krise nicht nur für lange Zeit die Zinsen auf und unter null, sie kaufte auch in großen Umfang öffentliche Anleihen und Unternehmensanleihen. Sie gewährte an die Banken des Euroraums in großem Umfang zinsgünstige Kredite mit gelockerten Anforderungen an die Sicherheiten. Die Bilanz des Eurosystems – d.h. der Europäischen Zentralbank und der dem Euro angehörenden nationalen Zentralbanken – kann als Maßgröße für die starke monetäre Expansion gesehen werden. Während die Bilanz des Eurosystems im Januar 1999 zum Start des Euros noch knapp 700 Milliarden Euro umfasste, waren es im Juni 2022 knapp 9.000 Milliarden Euro. Mit der darauffolgenden geldpolitischen Straffung ist das Bilanzvolumen zuletzt zwar auf gut 6.000 Milliarden Euro zurückgegangen, liegt aber noch weit über dem Niveau von 1999 (siehe Abb. 20).²⁰ Ein wichtiger Faktor der geldpolitischen Expansion war der vor der europäischen Finanz- und Schuldenkrise unübliche Ankauf von öffentlichen Anleihen.²¹

Abb. 21: Staatseinnahmen und Staatsausgaben Deutschlands



Quelle: Deutsche Bundesbank, Flossbach von Storch Research Institute.

²⁰ Die Anzahl der Euroländer ist in diesem Zeitraum zwar von 12 auf 20 gestiegen. Doch da nur kleine Euroländer wie Griechenland, Malta, Estland und zuletzt Kroatien beigetreten sind, erklärt sich die Ausweitung der Bilanz des Eurosystems überwiegend durch zahlreiche Krisenprogramme wie das Asset Purchase Programm einschließlich dem Public Sector Purchase Programme, das Pandemic Emergency Purchase Program (PEPP) sowie die Gezielten Längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (TLTROs).

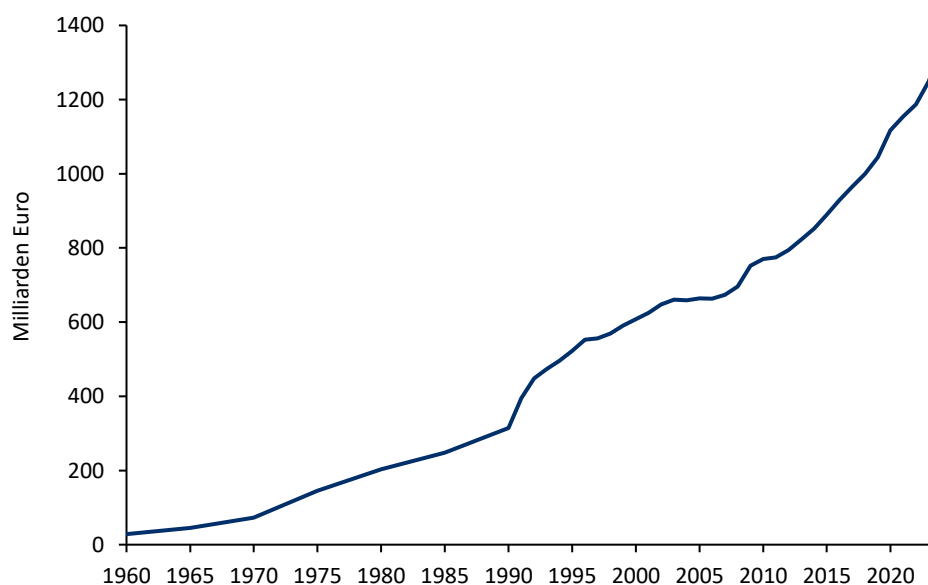
²¹ Bessent (2025) argumentiert für die USA, dass die Notenbank Federal Reserve im Zuge der US-Hypothekenmarktkrise die für die Finanzmarktstabilisierung gebrauchten, neuen Instrumente infolge auch als geldpolitische Instrumente genutzt habe, obwohl sie keine ausreichenden Informationen über deren Wirkungsweise gehabt habe. Sie habe durch die übermäßige Ausweitung ihrer Kompetenzen ihre eigene Unabhängigkeit untergraben.



Die dauerhaft lockere Geldpolitik erhöhte zwar lange Zeit die Verbraucherpreis-inflation im Euroraum nicht, beflügelte aber über unterschiedliche Kanäle die Staatseinnahmen. In Deutschland entwickelte sich ein Boom auf den Immobilienmärkten (Schürmann 2025b), der durch mehr Transaktionen und höhere Preise die Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer erhöhte. Der Immobilienboom wurde von einem Konjunkturschub begleitet, der mehr Beschäftigungsverhältnisse und damit höhere Einnahmen aus der Einkommenssteuer und Sozialabgaben nach sich zog. Ebenso wuchsen die Rückflüsse aus der Mehrwertsteuer. Insgesamt stiegen die gesamten Staatseinnahmen von 1.122 Milliarden Euro im Jahr 2008 auf 1.712 Milliarden Euro im Jahr 2021 (Abb. 21). Zudem gingen in diesem Zeitraum die Zinsenausgaben des Bundes von gut 42 Milliarden Euro auf knapp 4 Milliarden Euro zurück, was zusätzliche Ausgabenspielräume geschaffen hat.

Während die keynesianische antizyklische Konjunkturpolitik fordert, dass Staaten in guten Zeiten sparen, um in Krisen Reserven für stabilisierende Staatsausgaben zu haben, hat der deutsche Staat in dieser Zeit den Großteil der zusätzlichen Einnahmen ausgegeben (siehe Abb. 21).²² Die zusätzlichen Staatseinnahmen wurden nicht für Investitionen in die Infrastruktur bzw. für Verteidigung verausgabt (siehe Kap. 3). Sondern der Staat erhöhte vor allem die Sozialausgaben, die zwischen 2008 und 2021 von 695 Milliarden Euro auf 1154 Milliarden angestiegen sind (Abb. 22).

Abbildung 22: Sozialausgaben in Deutschland



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

²² Das prozyklische Verhalten wurde von Finanzminister Wolfgang Schäuble als tugendhaft als „Schwarze Null“ kommuniziert.



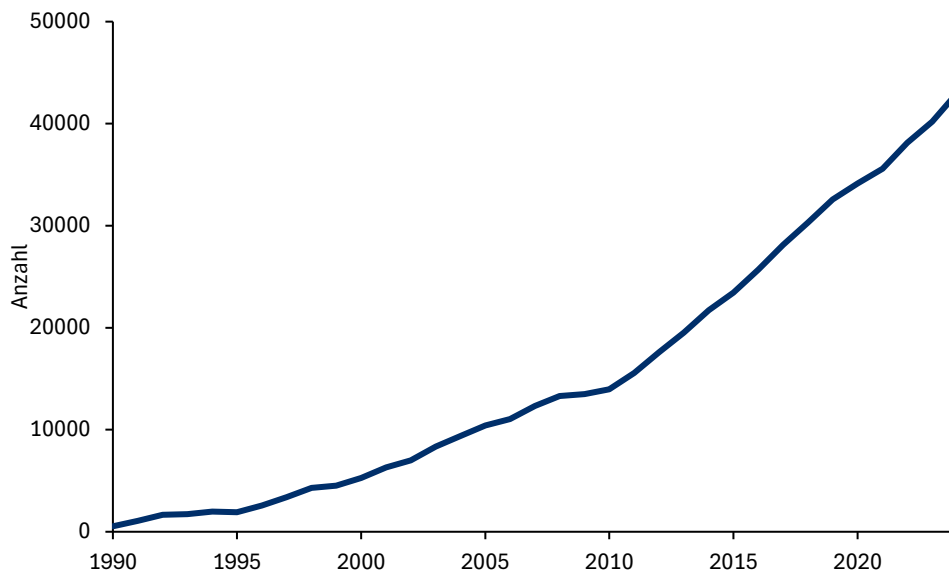
Die so angestoßene Ausgabendynamik ist – nicht zuletzt aufgrund der tiefgehenden Verankerung der Ansprüche an den deutschen Sozialstaat in Politik, Gesetzgebung und Rechtsprechung – ungebremsst. Im Jahr 2024 lagen die Sozialausgaben bei 1345 Milliarden Euro, was einem Plus von 6,6 Prozent gegenüber 2023 entspricht (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2025). Die Ausgaben für Alte und Hinterbliebene lagen bei 533,1 Mrd. Euro (+ 6,0 Prozent), für Krankheit und Invalidität bei 523,2 Mrd. Euro (+ 7,1 Prozent), für Kinder, Ehegatten und Mutterschaft bei 153,2 Mrd. Euro (+ 4,6 Prozent), für Arbeitslosigkeit bei 45,5 Mrd. Euro (+ 15,2 Prozent) sowie für sonstige Zwecke bei 36,0 Mrd. Euro (+ 8,1 Prozent). Die Finanzierung erfolgte zu 35,8 Prozent über Sozialbeiträge der Arbeitgeber, zu 30,7 Prozent über Sozialbeiträge der Versicherten sowie zu 33,5 Prozent über Zuschüsse des Staates.

Im Windschatten der expansiven Geld- und Finanzpolitik wurde eine große Welle von Regulierungen im Sozial- und Umweltbereich vorangebracht. Da Deutschland seit 2015 eine „Regulierungsbremse“ nach dem Muster „One in, One out“ hat (Normenkontrollrat 2014), kamen die neuen Regulierungen insbesondere von der Europäischen Union, da diese nicht unter die deutsche Regulierungsbremse fällt. Unter anderem will die Taxonomie der Europäischen Union alle Unternehmen in der EU nach Umwelt- und Klimakriterien klassifizieren und auf der Grundlage dieser Klassifikationen die Kreditvergabe der Banken lenken (Kooths 2022). Das erfordert umfangreiche Berichtspflichten der Unternehmen und erhöhten Kontrollaufwand (Schürmann 2025a).

Das EU-Lieferkettengesetz, der Klimazoll, die EU-Entwaldungsrichtlinie oder zuletzt das deutsche Tariftreuegesetz tragen zu hohen bürokratischen Lasten für die Unternehmen bei. Ein Index für Bürokratie auf der Grundlage der geschätzten Entwicklung der Anzahl der EU-Rechtsakte des EU-Parlaments, der Europäischen Rats, und der Europäischen Kommission in Abb. 23 zeigt, dass sich der Anstieg seit 1990 nicht nur fortgesetzt, sondern ab 2010 deutlich beschleunigt hat. Der Indikator weist damit auf einen stark ausgeweiteten Aufwand für Unternehmen und Banken zur Erfüllung neuer Regulierungen hin. Der Prozess erscheint trotz des jüngsten „Simplification Omnibus“-Pakets der EU, das konkret die Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD) und Lieferketten-Sorgfaltspflichten (CSDDD) vereinfachen will, ungebrochen. Die Pläne der neuen Bundesregierung zur Deregulierung sind noch unkonkret.



Abbildung 23: Basis- und Änderungsrechtsakte der EU seit 1990



Quelle: EUR-Lex, Flossbach von Storch Research Institute. Akkumulierte Werte auf der Grundlage jährlicher Basis- und Änderungsrechtsakte abzüglich aufgehobener bzw. außer Kraft gesetzter Rechtsakte. Als Rechtsakte zählen „ordentliche Gesetzgebungsverfahren“ (i.e. Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse des EU-Parlaments und Rates), „andere Rechtsakte“ (i.e. Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse des Rates), „Rechtsakte ohne Gesetzescharakter“ (i.e. delegierte Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse der Kommission), „Durchführungsrechtsakte“ (z.B. Durchführungsverordnungen, -beschlüsse und -richtlinien des Rates und der Kommission) und „sonstige Rechtsakte“ (i.e. Verordnungen, Richtlinien, Beschlüsse der Kommission oder Verordnungen, Beschlüsse, Leitlinien, Empfehlungen, Stellungnahmen der EZB).

In Zeiten niedrigen Leitzinsens und großer zusätzlicher Ausgabenspielräume für den Staat konnten die wachsenden Regulierungslasten für die Unternehmen durch niedrige Finanzierungskosten sowie Förderprogramme und Subventionen ausgeglichen werden (Schnabl 2024). Der Kieler Subventionsbericht (Laaser et al. 2025) zeigt auf, dass gerade in Deutschland seit dem Jahr 2008 die Subventionen steil angestiegen sind, wobei als Begründung Umwelt- und Klimaziele eine wachsende Rolle gespielt haben. Die Schätzung der gesamten Subventionen ergibt für das Jahr 2024 in einer weiten Interpretation ein Subventionsvolumen von insgesamt 285,3 Mrd. Euro, was 6,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht.

Mit der ab 2021 steigenden Inflation und den damit verbundenen Zinserhöhungen sind jedoch die günstigen Finanzierungskosten als Ausgleichsmechanismus weggefallen. Auch die Fördermöglichkeiten – z.B. für Elektroautos – mussten beschränkt werden, weil das Bundesverfassungsgericht im November 2023 die Verschuldungsspielräume der Regierung stark eingeschränkt hat. Das hat den „finanziellen Schmerz“ der Regulierungen deutlich erhöht. Inzwischen hat die neue Regierung mit Hilfe einer Änderung des Grundgesetzes ihren Spielraum für neue Schulden weiter deutlich ausgeweitet, was den Druck zu Reformen dämpft.



4.2 Veränderungen in der Wettbewerbsfähigkeit

In einem Hochzinsumfeld sind die Finanzierungskosten für Investitionen hoch, so dass nur Investitionen mit einer dementsprechenden erwarteten Rendite finanziert werden. Im Wettbewerb mit anderen Unternehmen müssen Investitionsprojekte und Innovationen mit attraktiver Rendite vorangebracht werden, um die Gewinne angemessen zu halten. Geht die Gesamtnachfrage zurück, dann müssen die Unternehmen die Effizienz erhöhen, um im Markt zu bestehen. Unternehmen, die dazu nicht in der Lage sind, scheiden aus. Schumpeter (1912) spricht von einer schöpferischen Zerstörung, die Arbeitskräfte und Kapital freisetzt, welche in neue, renditeträchtigere Sektoren verlagert werden können.

Wenn jedoch Zentralbanken in Krisen die Zinsen stark senken und dauerhaft niedrig halten und großzügig Hilfskredite verteilen, dann wird die Reinigungsfunktion des Marktes außer Kraft gesetzt. Restrukturisierungsbemühungen bleiben aus. Unternehmen gewöhnen sich an günstige Finanzierungsbedingungen. Manche Unternehmen werden künstlich am Leben erhalten. Banerjee, Doerr und Hoffmann (2022) sehen für die Industrieländer eine "Zombifizierung" durch dauerhaft niedrige Zinsen.²³ In Deutschland sind dementsprechend seit der Jahrtausendwende die Insolvenzzahlen bis zur jüngsten Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank immer weiter zurückgegangen (und liegen im historischen Vergleich immer noch auf einem niedrigen Niveau). Das erklärt die vor allem in Europa sinkenden bzw. sehr geringen Produktivitätsgewinne trotz des immensen Produktivitätssteigerungspotenzials der Digitalisierung im Allgemeinen und der Künstlichen Intelligenz im Speziellen.

Wenn das Volumen der Subventionen wächst, verändern Unternehmen den Charakter ihrer Geschäftstätigkeit. Es lohnt sich mehr, in das Erringen von staatlichen Subventionen, Schutzrechten oder Regulierungsvorteilen als in die Entwicklung effizienter Produktionsverfahren oder in Innovationen zu investieren. Nach Olson (1982) können sich insbesondere kleine Interessengruppen gut organisieren, um von staatlichen Zuwendungen zu profitieren. Zudem kann sich der Einfluss von Interessengruppen über die Zeit hinweg akkumulieren, was die wirtschaftliche Freiheit immer mehr unterwandert und die Fundamente des Wohlstands erodiert.

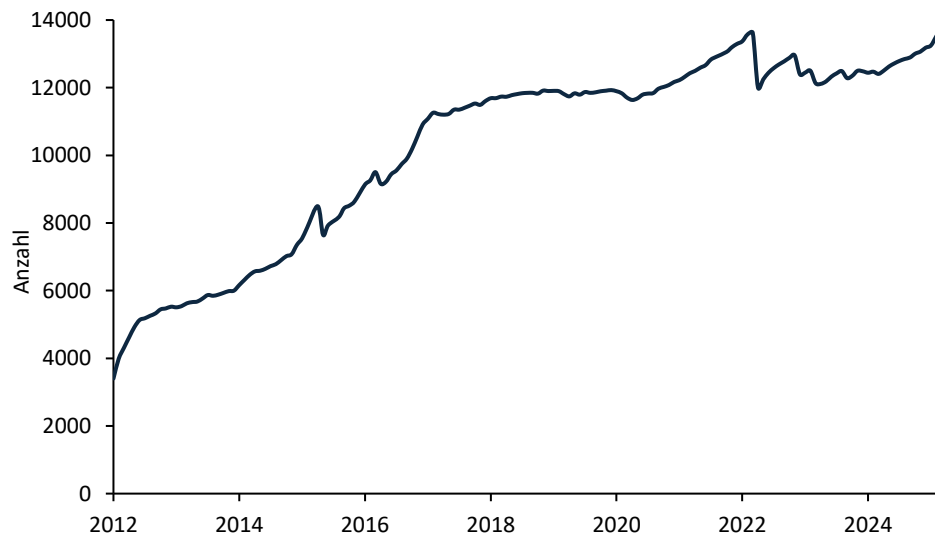
Nach Becker (1963) gibt es „Moralische Unternehmer“, die soziale Normen verändern wollen, indem sie neue Regeln einführen oder bestehende Regeln verschärfen. Das sind etwa politische Parteien, die von – oft staatlich finanzierten – NGOs, Wissenschaftlern und Medienakteuren unterstützt werden. Zudem braucht es „Regel-Durchsetzer“ im öffentlichen Sektor, die die neu geschaffenen Regeln umsetzen (und verteidigen). Diese profitieren von weiteren staatlichen Mittelzuflüssen.

²³ Eine Ausnahme ist die USA, wo sich das durchschnittliche jährliche Produktivitätswachstum im Zeitraum 2019-2025 auf 1,7 Prozent von 0,8 Prozent in den vorangegangenen sechs Jahren mehr als verdoppelt hat.



Nach Niskanen (1971) tendieren Bürokratien dazu, die wahren Kosten der Bereitstellung von öffentlichen Gütern gegenüber den Politikern und der Öffentlichkeit zu verschleiern, da das Einkommen von führenden Bürokraten mit der Größe der Behörde wächst. Das kann dazu führen, dass öffentliche Güter bzw. der Personalbestand in Behörden über ein effizientes Maß hinaus wächst. Privilegien für politisch hoch gehängte Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche können sich dadurch verfestigen.²⁴

Abbildung 24: Anzahl der registrierten Lobbyorganisationen in Brüssel



Quelle: EU Transparency Register, Flossbach von Storch Research Institute.

Damit kann eine dauerhaft expansive Geld-, Finanz- und Regulierungspolitik zu Verteilungs- und Konzentrationseffekten führen. Große Unternehmen in oligopolistischen Industrien können sich leichter organisieren, so dass diese mehr von staatlichen Subventionen oder Regulierungen profitieren. Dichtere Regulierungen schaffen einen Wettbewerbsvorteil für größere Unternehmen und Banken, weil diese leichter den bürokratischen Aufwand stemmen können. So ist seit 2015, nachdem die umfangreichen Staatsanleihekäufe der Europäischen Zentralbank die Budgetrestriktion für die Regierungen im Euroraum deutlich gelockert haben und die Regulierungen stark gewachsen sind, die Anzahl der in Brüssel registrierten Lobbyorganisation von 7.545 (Januar 2015) auf 12.578 im Juli 2022 angestiegen (Abb. 24). Es profitieren auch die Behörden, die die Mittel verteilen.

Das kann auch geographische Konzentrationseffekte nach sich ziehen (Schnabl 2024, 238-256). Wenn große Unternehmen profitieren, während kleine und mittlere Unternehmen keine oder wenig Zuwendungen erhalten bzw. unter einer wuchernden Regulierung leiden, dann profitieren Regionen, wo die großen

²⁴ Seit der Jahrtausendwende haben die soziale Sicherung, der Umwelt- und Klimaschutz sowie die Bildung als gesellschaftliche Ziele nochmals deutlich an Prestige gewonnen. In den USA sind mit wachsenden staatlichen Mitteln für die Gesundheits- und Bildungssektoren die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse und die realen Löhne in diesen Sektoren überdurchschnittlich angestiegen (Schnabl 2025).

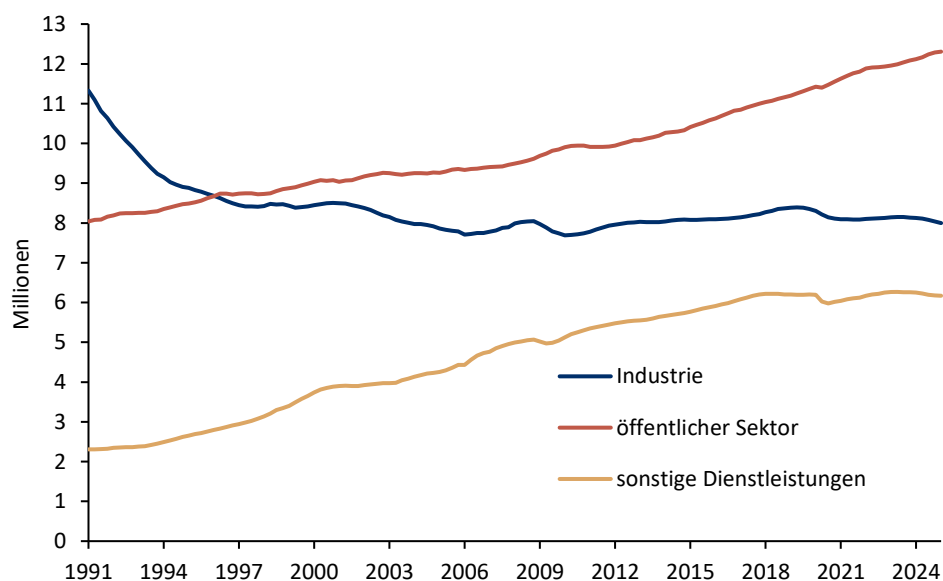


Unternehmen angesiedelt sind. Ebenso profitieren Städte, wo sich Ministerien, Ämter, Universitäten, Forschungsinstitute und NGOs konzentrieren (wie etwa Berlin). Hingegen bleiben Regionen mit einer von Klein- und Mittelunternehmen geprägten Wirtschaftsstruktur ohne Verwaltungszentren zurück – wie weite Teile Ostdeutschlands. Da mit der Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen auch die Kaufkraft steigt, gibt es Zweitrundeneffekte

4.3. Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt und Lohnstückkosten

In Gesellschaften mit geringen Geburtenraten und damit alternder Bevölkerung – wie sie in den Industriestaaten dominieren – können wachsende Ausgabenpotenziale des Staates die Struktur des Arbeitsmarktes verändern. Gerade in Deutschland war längere Zeit das größte Problem am Arbeitsmarkt nicht mehr – wie viele Jahrzehnte lang – die Arbeitslosigkeit, sondern zunehmend der Arbeitskräftemangel, zunächst ein Fachkräftemangel und dann auch ein genereller Arbeitskräftemangel (Hohendanner et al. 2025). Das Institut der Deutschen Wirtschaft erwartet, dass 2028 bundesweit 768.000 Fachkräfte fehlen werden (Burstedde und Tiedemann 2025).

Abbildung 25: Anzahl der Erwerbstätigen nach Sektor



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Flossbach von Storch Research Institute.

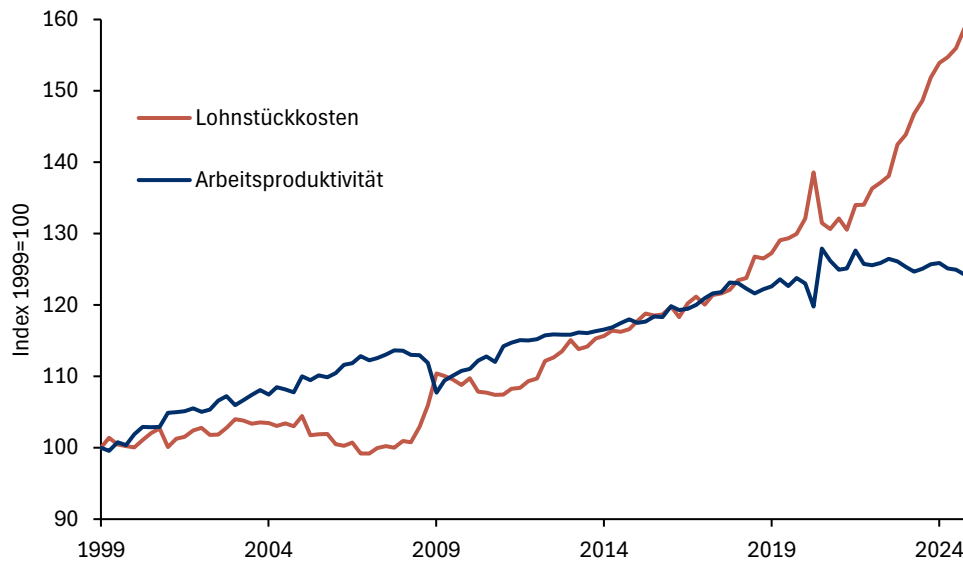
Spätestens seit dem Jahr 2008 hat der deutsche Staat das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt maßgeblich verändert. Einerseits hat er durch die umfassende Ausweitung der sozialen Sicherung wie dem Bürgergeld²⁵, Kurzarbeitergeld und Sozialhilfe das Angebot am Arbeitsmarkt verknappt. Die Rente mit 63 hat den

²⁵ Die Kosten für das Bürgergeld im weiteren Sinne summierten im Jahr 2024 auf 46,9 Milliarden Euro für direkte Zuwendungen, 10 Milliarden Euro für Krankenversicherung für Bürgergeldempfänger (finanziert aus der gesetzlichen Krankenversicherung) und 18 Milliarden Euro für Wohnzuschüsse, was zusammen 74,9 Milliarden Euro macht. Hinzu kommen 20,2 Milliarden Euro für Sozialhilfe.



Fachkräftemangel tendenziell verschärft (auch davon viele Angestellte im öffentlichen Dienst davon Gebrauch gemacht haben).²⁶ Zudem wurde seit dem Jahr 2008 die Anzahl der Studienplätze von 1,94 Millionen im Jahr 2008 auf 2,94 Millionen im Jahr 2021 ausgeweitet (Abb. 10), was das Arbeitsangebot durch die Verlängerung der Ausbildungszeiten verknappt hat. Regulierungen behindern den Zugang von Zuwanderern zum Arbeitsmarkt.

Abbildung 26: Lohnstückkosten und Arbeitsproduktivität



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Flossbach von Storch Research Institute.

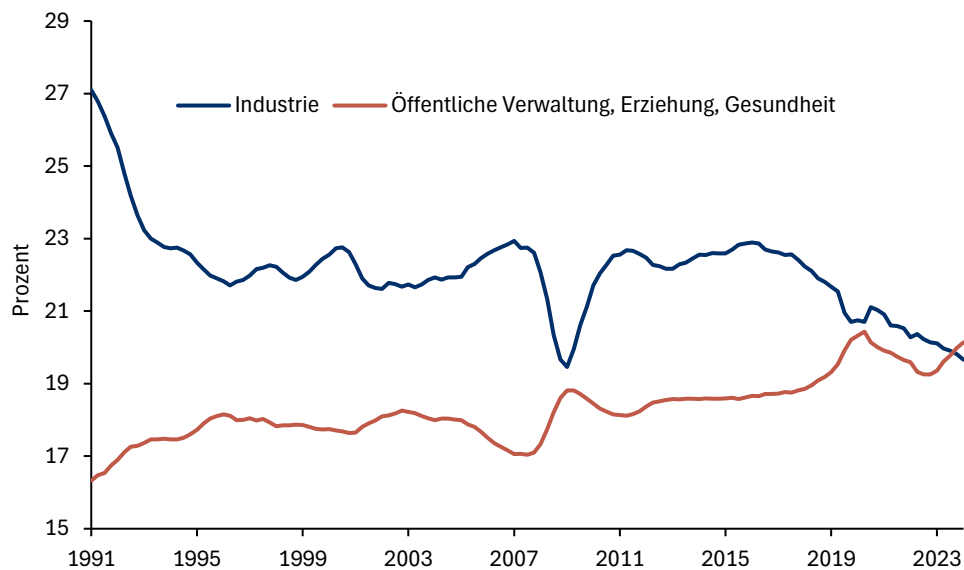
Andererseits hat der öffentliche Sektor die Nachfrage nach Arbeitskräften stark ausgeweitet. Dies betrifft nicht nur die Anzahl der Beamten und der Angestellten in der öffentlichen Verwaltung. Auch die Anzahl der Mitarbeiter im Gesundheits- und Bildungssektor ist stark angestiegen (ohne dass sich die Qualität dieser Leistungen verbessert hätte). In diesen Bereichen konnte die Regulierung, wenn sie die Verhältnisse von beispielsweise Kindern pro Erzieher, Schülern pro Lehrer oder Patienten pro Krankenschwester gesenkt hat, die Nachfrage nach Arbeitskräften erhöhen.

Die Anzahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor ist von 9,5 Millionen Anfang 2008 auf zuletzt 12,3 Millionen um 2,8 Millionen angestiegen. Bei den Unternehmen, Banken und Behörden ist der Bedarf an Mitarbeitern angewachsen, der sich mit der Schaffung, Umsetzung und Kontrolle von Regulierungen befasst. Die Anzahl der Erwerbstätigen im Bereich der regulierungsnahen Dienstleistungen – die Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen – stieg von knapp 5 Millionen im Jahr 2008 auf 6,2 Millionen im Jahr 2024, wie Abb. 25 zeigt.

²⁶ Eine weitere Belastung ist die Frühpensionierung von Beamten. So erreicht zum Beispiel nur jeder vierte Lehrer die gesetzliche Altersgrenze.



Abb. 27: Anteil von Industrie und öffentlichen Sektor an Bruttowertschöpfung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Flossbach von Storch Research Institute.

Die Beschäftigungsverhältnisse im öffentlichen Sektor zeichnen sich nicht zwingend durch eine höhere Bezahlung als im privaten Sektor aus (wobei die Beamtenpensionen sehr üppig ausfallen). Doch dürfte die „Work-Life-Balance“ eine bessere sein als in der Privatwirtschaft. Bei Arbeitskräftemangel ist es deshalb nicht überraschend, dass auch an den privaten Sektor höhere Standards bei der Work-Life-Balance herangetragen werden. Dies kann sich in erhöhten Erwartungen bezüglich „Home-Office-Zeiten“, verkürzten wöchentlichen Arbeitszeiten oder mehr Jahresurlaub äußern. Neue Regulierungen im Arbeitsrecht – beispielsweise bezüglich der Betreuung von kranken Kindern – können auch dazu beigetragen haben, dass sich die durchschnittlichen Krankheitszeiten²⁷ verlängert und damit die de facto-Arbeitszeiten verkürzt haben.

Im Ergebnis sind die Lohnstückkosten stark angestiegen und seit dem Jahr 2018 der Entwicklung der Arbeitsproduktivität enteilt (Abb. 2.6). Der starke Anstieg der Lohnstückkosten erhöht die Produktionskosten der Industrie, die immer noch das Rückgrat der deutschen Wirtschaft – und des Wohlstands – ist. Mit den steigenden Lohnstückkosten geht die Industrieproduktion zurück. Zwar kann in der Statistik ein sinkender Anteil der Industrieproduktion an der Bruttowertschöpfung durch einen steigenden Anteil des öffentlichen Sektors kompensiert werden, wie in Abb. 27 deutlich wird.

Doch wird die Leistung in den beiden Sektoren unterschiedlich gemessen. Während die Bruttowertschöpfung in der Industrie auf der Grundlage der produzierten Güter zu Marktpreisen gemessen wird, geht der Beitrag des öffentlichen Sektors auf der

²⁷ Rund 82 Milliarden Euro mussten Arbeitgeber 2024 für erkrankte Mitarbeiter aufbringen – mehr als doppelt so viel wie noch 2010 (Pimpertz 2024).



Grundlage der gezahlten Löhne ein. Die Beschäftigten im öffentlichen Sektor erhöhen also auch dann das Sozialprodukt, wenn sie untätig sind, sei es im Home-Office oder in der Amtsstube.

5. Wirtschaftspolitische Empfehlungen im geopolitischen Umfeld

Ein übermäßig ausgedehnter Staat hat nicht nur gesellschaftliche Konsequenzen, da er den Wohlstand reduzieren und dessen Verteilung zugunsten privilegierter gesellschaftlicher Gruppen verändern kann. Er hat auch erhebliche geopolitische Auswirkungen, weil wirtschaftliche und militärische Macht miteinander verbunden ist. Wenn Ressourcen vor allem in staatliche Umverteilung, Bürokratie und Machterhalt der Politik fließen und damit die privatwirtschaftliche Initiative ausgebremst wird, dann leidet die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Wirtschaft verliert an Innovationskraft und wirtschaftlicher Dynamik, wodurch die Fähigkeit des Staates, außenpolitischen Einfluss durch ökonomische Stärke auszuüben, erodiert.

Staaten, die internationale Großmachtansprüche erheben, im Inneren aber von ineffizienten Strukturen und Überregulierung gelähmt sind, riskieren eine strategische Überdehnung. Geopolitisch kann dies zu dem Verlust des Vertrauens internationaler Partner führen. Diese wenden sich ab, weil Versprechungen nicht mehr durch ökonomische und militärische Kapazitäten gedeckt sind. Die Sowjetunion hat gezeigt, dass ein planwirtschaftlich organisierter Staat seine geopolitischen Ansprüche nicht auf Dauern aufrechterhalten kann.

Bis zur Jahrtausendwende hat eine marktwirtschaftliche Ordnung in Deutschland ausreichend Ressourcen geschaffen, um den Sozialstaat, die Verteidigungsbereitschaft und eine funktionierende Infrastruktur zu finanzieren. Das erforderte nach Walter Eucken (1952) eine stabile Währung, freie Preise, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit, ein funktionierendes Haftungsprinzip sowie eine Zurückhaltung des Staates in der Wirtschaftspolitik. Um eine ausreichende marktwirtschaftliche Dynamik zu entfalten, mussten alle sieben konstituierenden Prinzipien einer marktwirtschaftlichen Ordnung in einem ausreichenden Maße gleichzeitig erfüllt sein.

Da seit der Jahrtausendwende expansive Geld-, Finanz- und Regulierungspolitiken Euckens marktwirtschaftliche Prinzipien schrittweise außer Kraft gesetzt haben, verfallen Wohlstand und Macht. Um diesen Prozess aufzuhalten, bräuchte es umfassende Reformen (siehe Linnemann 2022, Schnabl 2024, Ebert und Mayer 2025). Konkret hieße das: eine anti-inflationäre Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, deutliche Ausgabenkürzungen des deutschen Staates – vor allem im Sozialbereich – sowie eine umfassende Deregulierung auf allen staatlichen Ebenen, insbesondere aber bei der Europäischen Union. Die notwendigen Ausgaben für Verteidigung und Infrastruktur dürften nur über eine Kürzung der Sozialausgaben erreicht werden, wenn die Staatsverschuldung nicht außer Kontrolle geraten soll.



Ebenso müsste die Steuer- und Abgabenlast durch eine Kürzung der Konsumausgaben des Staates – beispielsweise durch eine signifikante Reduktion der Beschäftigung im öffentlichen Sektor mit Hilfe von KI – verringert werden. Die Senkung von Steuer- und Abgabenlasten sowie von Subventionen käme einem Rückzug des Staates aus der Wirtschaft gleich, der dem privaten Sektor wieder mehr Freiraum und damit Wachstumsdynamik geben würde. Die Reformen von Javier Milei in Argentinien (Kleinheyer und Schnabl 2025) könnten eine Blaupause für die Reformagenda in Deutschland sein.

Doch die Bereitschaft dafür ist gering, die Deutschen wollen nicht „mehr Milei wagen“ (wie FDP-Chef Christian Lindner im Wahlkampf vorschlug). Laut einer aktuellen Umfrage des Allensbach Instituts sehen zwar knapp drei Viertel der Befragten einen dringenden Bedarf für Reformen (Petersen 2025). Doch obwohl die meisten meinen, dass das Rentensystem nicht mehr tragfähig ist, wären nur 18 Prozent bereit, später in Rente zu gehen. Die meisten Bürger ziehen „ein Leben in bescheidenem Wohlstand, das dafür Sicherheit bietet“ einem „Leben mit großen finanziellen Chancen, das dafür aber auch viele Risiken hat“ vor. Wenn die fortbestehenden Ansprüche an den Versorgungsstaat jedoch mit zentralbankfinanzierten Staatsschulden gedeckt werden müssen, weil die verbliebenen Leistungsträgern sich höheren Steuern und Sozialabgaben verweigern, ist die Folge Inflation.

In diesem Umfeld können sich Vermögende mit inflationsresistenten Anlagen in Sachwerte in begrenztem Maß schützen. Es leidet hingegen die Mittelschicht, die beim Sparen immer noch auf risikolose Anlageformen wie Bankeinlagen oder sogar Bargeld setzt. Mindert steigende Inflation die Kaufkraft von nominalen Ersparnissen und staatlichen Zuwendungen, könnte die Mehrheit der Wähler die im Inland verbliebenen Leistungsträger und Vermögensbesitzer mit kalter Progression, Mietpreisbremsen, Reichensteuer und Wegzugssteuern enteignen. Durch den Verteilungskampf würde das marktwirtschaftliche Prinzip des Privateigentums weiter unterwandert und der Wohlstand würde weiter verfallen. Das Schicksal der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik sollte den Deutschen eine Mahnung sein.



Literaturverzeichnis:

Aidis, Ruta / Estrin, Saul / Mickiewicz, Tomasz (2012): Size matters: Entrepreneurial entry and government. *Small Business Economics* 39(1), 1-21.

Alkousaa, Riham (2025): Germany's struggle to house refugees fuels election debate. *Reuters Online*, 12.02.2025, abrufbar unter: <https://www.reuters.com/world/europe/germanys-struggle-house-refugees-fuels-election-debate-2025-02-12/>.

ADAC (2025): ADAC Staubilanz 2024: So viel Stillstand gab es auf den Autobahnen, ADAC e.V., 06.02.2025, abrufbar unter: <https://www.adac.de/news/staubilanz-2024/>.

Banerjee, Ryan / Doerr, Sebastian / Hofmann, Boris (2024): Whither the Walking Dead? The Consequences of Artificial Intelligence for Zombie Firms. *The Economists' Voice* 21(2), 237–248.

Becker, Howard (1963): *Outsiders: Studies in the Sociology of Deviance*. Free Press, New York.

Bessent, Scott 2025: The Fed's New "Gain-of-Function" Monetary Policy. *The International Economy Spring* 2025, 16-23, 68.

Bitkom (2024): Rechenzentren in Deutschland: Aktuelle Marktentwicklungen 2024. Bitkom, Berlin, 21.11.2024, abrufbar unter: <https://www.bitkom.org/sites/main/files/2024-11/241121-PK-Bitkom-Charts-Rechenzentren-2024-final.pdf>.

Bürkner, Birgit (2024): Müllschande von Berlin: Wer räumt hier endlich mal auf? *Bild Online* 22.02.2024, abrufbar unter: <https://www.bild.de/regional/berlin/berlin-aktuell/muellschande-von-berlin-wer-raeumt-hier-endlich-mal-auf-87245966.bild.html>.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2025): Sozialbudget 2024, Berlin, Juli 2025, abrufbar unter: <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a230-25-sozialbudget-2024.html>.

Bundesministerium für Digitales und Verkehr (2025): Bessere Mobilfunkversorgung an Bahnstrecken, Berlin, 20.02.2025, abrufbar unter: <https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Artikel/E/umruestung-mobilfunkbahnstrecken.html?nn=76046>.



Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (2025): Stand und Entwicklung des Rechenzentrumsstandorts Deutschland – Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, Berlin, 17.01.2025, abrufbar unter: https://www.bundeswirtschaftsministerium.de/Redaktion/DE/Publikationen/Technologie/stand-und-entwicklung-des-rechenzentrumsstandorts-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=10.

Bundesrechnungshof (2025): Bericht nach § 99 BHO - Schleppende Modernisierung maroder Brücken an Bundesfernstraßen, Berlin, 29.04.2025, abrufbar unter: https://www.bundesrechnungshof.de/SharedDocs/Downloads/DE/Berichte/2025/brueckenmodernisierung.pdf?__blob=publicationFile&v=4.

Burstedde, Alexander / Tiedemann, Jurek (2025): IW-Arbeitsmarktfortschreibung 2028: Allgemeine Trendabschwächung. *IW-Report* No. 34, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln.

De Grauwe, Paul (2022): *The Economics of Monetary Union*. 14. Auflage, Oxford University Press, Oxford.

Deutsche Bahn InfraGO AG (2025): InfraGO-Zustandsbericht Schienennetz & Bahnhöfe 2024. Frankfurt am Main, April 2025, abrufbar unter: <https://www.dbinfra.go.com/web/unternehmen/zielbild-infrastruktur/InfraGO-Zustandsbericht-12636112>.

Deutscher Bundestag (2025): Bericht der Bundesregierung über Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung von Ländern und Kommunen im Bereich der Flüchtlings- und Integrationskosten und die Mittelverwendung durch die Länder im Jahr 2024. Drucksache 21/330, Berlin, 02.06.2025, abrufbar unter: https://dserver.bundestag.de/btd/21/003/2100330.pdf?utm_source=chatgpt.com.

DStGB 2021: Verödung der Innenstädte stoppen. Deutscher Städte- und Gemeindebund, Berlin, 25. 08. 2021 abrufbar unter: <https://www.dstgb.de/themen/stadtentwicklung-und-wohnen/aktuelles/veroedung-der-innenstaedte-stoppen/>

Ebert, Sven (2025): Altersvorsorge in Deutschland. *Flossbach von Storch Research Institute*, 15.08.2025.

Ebert, Sven / Mayer, Thomas (2025): Sägearbeit in der Finanzpolitik. *Flossbach von Storch Research Institute*, 06.03.2025.

Erhard, Ludwig (1957): *Wohlstand für alle*. Econ Verlag, Düsseldorf.

Eucken, Walter (1952): *Grundzüge der Wirtschaftspolitik*, Mohr, Tübingen.



- Exner, Ulrich (2025): Münster, Jena, Norderstedt & Co. – Wie eine rote Welle die Kommunen überrollt. *WELT*, 31. 08. 2025, abrufbar unter: <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus68b054733db0221f89403ef3/schwere-finanzkrise-muenster-jena-norderstedt-co-wie-eine-rote-welle-die-kommunen-ueberrollt.html>.
- Fernández-Guillamón, Ana / Gómez-Lázaro, Emilio / Muljadi, Eduard / Molina-García, Ángel (2019): Power systems with high renewable energy sources: A review of inertia and frequency control strategies over time. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, 115(C).
- Bothe, David / Reichenbach, Johanna / Bieniasch, Matthias / Braendle, Gregor / Coordt, Laura / Janssen, Matthias / Kuttler, Felicitas / Lorenczik, Stefan / Stoll, Julius / Begemann, Ulrich / Frewer, Thomas / von Branconi, Christof (2025): Neue Wege für die Energiewende ("Plan B"). *Frontier Economics*, Köln.
- Gehring, Agnieszka (2024): Wie leistungs(un-)fähig ist der deutsche Staat? *Flossbach von Storch Research Institute*, 23.05.2024.
- Gehring, Agnieszka / Mayer, Thomas (2024): Mehr Sand als Öl im Getriebe. *Flossbach von Storch Research Institute*, 25.11.2024.
- Hirschman, Albert O. (1970): Exit, Voice, and Loyalty: Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. *Harvard University Press*, Cambridge, Massachusetts.
- Hohendanner, Christian / Leber, Ute / Oberfichtner, Michael (2025): Aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2024. Mehr als acht von zehn Betrieben erwarten Personalprobleme. IAB-Kurzbericht 7/2025, *Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)*, Nürnberg.
- IATA (2024): German Passenger Tax Increase to Weaken Economy & Hamper Decarbonization. Press Release No. 17, abrufbar unter: <https://www.iata.org/en/pressroom/2024-releases/2024-05-02-01/>.
- IMD (2024): World Digital Competitiveness Ranking 2024 – The digital divide: risks and opportunities. abrufbar unter: <https://cedakenticomedia.blob.core.windows.net/cedamediatest/kentico/media/attachments/2024/2024-digital-competitiveness-full-report-final.pdf>
- INRIX (2025): 2024 Global Traffic Scorecard. abrufbar unter: <https://inrix.com/scorecard/>
- Kaufmann, Daniel / Kraay, Aart (2024): The Worldwide Governance Indicators: Methodology and 2024 Update. Policy Research Working Paper Nr. 10952, *World Bank Group*, Washington, D.C.



- KfW Research (2024): Germany's competitiveness – from 'sick man of Europe' to superstar and back: Where does the economy stand? Focus on Economics No. 461, *KfW Research*, Frankfurt am Main, 17.05.2024 abrufbar unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-englische-Dateien/Fokus-2024-EN/Focus-No.-461-May-2024-German-location.pdf>.
- Kleinheyer, Marius / Schnabl, Gunther (2025): Javier Milei's Reform Agenda from a Theoretical and Empirical Perspective. Forthcoming in *ORDO* 2025.
- Kooths, Stefan (2022): EU Taxonomy: Mission Impossible. *The Economists' Voice*, 19 (2): 213–219.
- Kraft, Gerhard (2022): Die reformierte Wegzugsbesteuerung: ökonomische, verhaltenssteuernde, verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Aspekte. *Stiftung der Familienunternehmen*, München.
- Kuznetsov, Vladimir (1997): The economic factors of the USSR's disintegration. In: de Tinguy, Anne (Hrsg.): The Fall of the Soviet Empire. *East European Monographs*, Boulder, 264–279.
- Laaser, Claus-Friedrich / Rosenschon, Astrid / Schrader, Klaus (2025): Kieler Subventionsbericht 2024: Hohe Subventionen trotz Haushaltsengpässen. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik Nr. 48, *Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)*, Kiel.
- Linnemann, Carsten (2022): *Die ticken doch nicht richtig! Warum die Politik neu denken muss*. Herder, Berlin.
- Mourmouras, Alex / Rangazas, Peter (2008): Fiscal Policy and Economic Development. IMF Working Paper WP/08/155, *International Monetary Fund*, Washington, D.C.
- Normenkontrollrat (2014): Bürokratiebremse / Konzeption einer One-in,-One-out-Regel. BMJ, Berlin, 11.12.2014, abrufbar unter: https://www.normenkontrollrat.bund.de/Webs/NKR/SharedDocs/Downloads/DE/Be-schl%C3%BCsse/one-in-one-out-regel.pdf?__blob=publicationFile&v=3
- NABU (2021): Wann klagt der NABU gegen Windkraftprojekte? NABU – Naturschutzbund Deutschland, Berlin, November 2021, abrufbar unter: <https://www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/energie/erneuerbare-energien-energiewende/windenergie/26913.html>.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action*. Harvard University Press, Cambridge (MA).
- Olson, Mancur (1982): *The Rise and Decline of Nations*. Yale University Press, New Haven und London.



- Musgrave, Richard (1959): *The Theory of Public Finance: A Study in Public Economy*. McGraw-Hill, New York.
- Niskanen, William (1971): *Bureaucracy and Representative Government*. Aldine-Atherton, Chicago.
- OECD (2025), *Bildung auf einen Blick 2025: OECD-Indikatoren*, wbv Media, Bielefeld, <https://doi.org/10.3278/9783763979257>.
- Petersen, Thomas (2025): Deutsche sind kaum bereit für schmerzhaft Reformen. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.08.2025, abrufbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-deutsche-sind-kaum-bereit-fuer-schmerzhaft-reformen-110646130.html>.
- Pigou, Arthur Cecil (1920): *The Economics of Welfare*. Macmillan, London.
- Pimpertz, Jochen (2024): Kosten der Entgeltfortzahlung – binnen 14 Jahren verdoppelt. IW-Kurzbericht Nr. 70/2024, *Institut der deutschen Wirtschaft (IW)*, Köln, 13.09.2024.
- Raffelhüschen, Bernd / Seuffert, Stefa / Wimmesberger, Florian (2023): *Die fiskalischen Chancen und Risiken der Migration im Kontext des demografischen Wandels*. Konrad Adenauer Stiftung, Berlin.
- Reuters (2025): Siemens and SAP call for EU to revise its AI regulations. *Reuters Online* 13.7.2025.
- Sakwa, Richard (2013): The Soviet collapse: Contradictions and neo-modernisation. *Journal of Eurasian Studies*, 4 (1), S. 65–77.
- Schindler, Julia (2024): Germany's fiber rollout falls short, putting 2025 targets at risk. Omdia Analyst Opinion, *Omdia (Informa TechTarget)*, 23.12.2024, abrufbar unter: <https://omdia.tech.informa.com/om128296/germanys-fiber-rollout-falls-short-putting-2025-targets-at-risk>.
- Schnabl, Gunther (2018): *The Failure of ECB Monetary Policy from a Mises/Hayek Perspective*. In Godart van der Kroon, Annette / Vonlanthen, Patrik (eds.): *Banking and Monetary Policy from the Perspective of Austrian Economics*, Springer, Berlin 2018, 127-152.
- Schnabl, Gunther (2023): EU Taxonomy and ECB Monetary Policy: Moving Towards Centrally-Directed Green Capital Allocation? *The Economists' Voice*, 19(2), 267–273.
- Schnabl, Gunther (2024): *Deutschlands fette Jahre sind vorbei. Wie es dazu kam und wie wir ein neues Wachstum schaffen können*. Finanzbuch Verlag, München.



- Schnabl, Gunther (2025): Trumps Zölle und bebende Finanzmärkte – ein Dilemma. *Flossbach von Storch Research Institute*, 17.04.2025.
- Schürmann, Christof (2025a): ESG-Berichterstattung: Kraut und Rüben. *Flossbach von Storch Research Institute* 07.01.2025.
- Schürmann, Christof (2025b): Gehen dem Immobilienmarkt die Käufer aus? *Flossbach von Storch Research Institute* 08.09.2025.
- Schumpeter, Joseph (1912): *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. Duncker & Humblot, Leipzig.
- Seitel, Simon (2025): SuedLink: Der lange Streit um ein langes Kabel, *zdfheute*, 25.07.2025, [abrufbar unter: https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/suedlink-kabel-bayern-100.html](https://www.zdfheute.de/politik/deutschland/suedlink-kabel-bayern-100.html).
- Sinn, Hans-Werner (2012): *Die Target Falle – Gefahren für unser Geld und unsere Kinder*, Hanser Verlag, München.
- Statistisches Bundesamt (2025): Studierende nach Fächergruppen – Wintersemester 2022/2023 bis 2024/2025, [abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/studierende-insgesamt-faechergruppe.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/studierende-insgesamt-faechergruppe.html).
- Stifterverband (2022): Hochschul-Bildungs-Report 2020 – Abschlussbericht 2022. Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen/Berlin, April 2022, [abrufbar unter: https://www.hochschulbildungsreport.de/sites/hsbr/files/hochschul-bildungs-report_abschlussbericht_2022.pdf](https://www.hochschulbildungsreport.de/sites/hsbr/files/hochschul-bildungs-report_abschlussbericht_2022.pdf).
- Tullock, Gordon (1967). The Welfare Costs of Tariffs, Monopolies, and Theft. *Western Economic Journal*, 5(3), 224–232.
- Umweltbundesamt (2025): Indicator: Share of renewables in gross electricity consumption, Dessau-Roßlau, 25.04.2025, [abrufbar unter: https://www.umweltbundesamt.de/en/indicator-share-of-renewables-in-gross-electricity](https://www.umweltbundesamt.de/en/indicator-share-of-renewables-in-gross-electricity).
- Welp, Cornelius (2023): Frankfurts harter Abstieg. *Welt Online*, 17.11.2023, [abrufbar unter: https://www.welt.de/wirtschaft/plus248123548/Frankfurt-Drogenelend-statt-Szene-Traum-Der-harte-Abstieg-einer-Stadt.html](https://www.welt.de/wirtschaft/plus248123548/Frankfurt-Drogenelend-statt-Szene-Traum-Der-harte-Abstieg-einer-Stadt.html).
- WELT (2024): Bürokratischer Aufwand und Kosten für Unternehmen deutlich gestiegen. 12.03.2024, [abrufbar unter: https://www.welt.de/wirtschaft/article250524134/Buerokratie-Aufwand-fuer-Unternehmen-deutlich-gestiegen.html](https://www.welt.de/wirtschaft/article250524134/Buerokratie-Aufwand-fuer-Unternehmen-deutlich-gestiegen.html).



RECHTLICHE HINWEISE

Die in diesem Dokument enthaltenen Informationen und zum Ausdruck gebrachten Meinungen geben die Einschätzungen des Verfassers zum Zeitpunkt der Veröffentlichung wieder und können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Angaben zu in die Zukunft gerichteten Aussagen spiegeln die Ansicht und die Zukunftserwartung des Verfassers wider. Die Meinungen und Erwartungen können von Einschätzungen abweichen, die in anderen Dokumenten der Flossbach von Storch SE dargestellt werden. Die Beiträge werden nur zu Informationszwecken und ohne vertragliche oder sonstige Verpflichtung zur Verfügung gestellt. (Mit diesem Dokument wird kein Angebot zum Verkauf, Kauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren oder sonstigen Titeln unterbreitet). Die enthaltenen Informationen und Einschätzungen stellen keine Anlageberatung oder sonstige Empfehlung dar. Eine Haftung für die Vollständigkeit, Aktualität und Richtigkeit der gemachten Angaben und Einschätzungen ist ausgeschlossen. **Die historische Entwicklung ist kein verlässlicher Indikator für die zukünftige Entwicklung.** Sämtliche Urheberrechte und sonstige Rechte, Titel und Ansprüche (einschließlich Copyrights, Marken, Patente und anderer Rechte an geistigem Eigentum sowie sonstiger Rechte) an, für und aus allen Informationen dieser Veröffentlichung unterliegen uneingeschränkt den jeweils gültigen Bestimmungen und den Besitzrechten der jeweiligen eingetragenen Eigentümer. Sie erlangen keine Rechte an dem Inhalt. Das Copyright für veröffentlichte, von der Flossbach von Storch SE selbst erstellte Inhalte bleibt allein bei der Flossbach von Storch SE. Eine Vervielfältigung oder Verwendung solcher Inhalte, ganz oder in Teilen, ist ohne schriftliche Zustimmung der Flossbach von Storch SE nicht gestattet.

Nachdrucke dieser Veröffentlichung sowie öffentliches Zugänglichmachen – insbesondere durch Aufnahme in fremde Internetauftritte – und Vervielfältigungen auf Datenträger aller Art bedürfen der vorherigen schriftlichen Zustimmung durch die Flossbach von Storch SE

© 2025 Flossbach von Storch. Alle Rechte vorbehalten.

IMPRESSUM

Herausgeber Flossbach von Storch SE, Research Institute, Ottoplatz 1, 50679 Köln, Telefon +49. 221. 33 88-291, research@fvsag.com; *geschäftsführende Direktoren* Dr. Bert Flossbach, Dr. Tobias Schafföner, Dr. Till Schmidt, Marcus Stollenwerk; *Vorsitzender des Verwaltungsrats* Kurt von Storch; *Umsatzsteuer-ID* DE 200 075 205; *Handelsregister* HRB 120 796 (Amtsgericht Köln); *Zuständige Aufsichtsbehörde* Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Marie-Curie-Straße 24 – 28, 60439 Frankfurt / Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn, www.bafin.de; *Autoren* Dr. Pablo Duarte, Prof. Dr. Agnieszka Gehringer, Prof. Dr. Thomas Mayer, Prof. Dr. Gunther Schnabl; *Redaktionsschluss* 10. September 2025